

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Bierteljähr 3,30 M., monat 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei im Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltene Kolon-
seite oder deren Raum 40 Pf., für
Berichts- und Versammlungs-Anzeigen,

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Samstag, den 20. Juni 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Das Jubiläum
der Königin Viktoria und die
englischen Arbeiter.

Das „Diamant-Jubiläum“ der Königin Viktoria beherrscht
im Augenblick das öffentliche Leben in England. Die groß-
artigen Vorbereitungen sind getroffen worden, um der Feier
der „Record“-Regentschaft, d. h. der Regentschaft, die alle
bisherigen an Dauer übertroffen hat, einen imponierenden
Charakter zu verleihen.

Es war nicht immer so, und vielleicht weniger als heute
in jenem Jahre, welches die Königin Viktoria an die Regierung
brachte.

Die Tages- und Wochenblätter, die Revuen und Unter-
haltungsblätter, sowie eine Anzahl von Broschüren und Büchern
beschäftigten sich mit Vergleichen zwischen der politischen,
sozialen und ökonomischen Verfassung Englands vor sechzig
Jahren und heute, mit den Entdeckungen, Erfindungen, Gebiets-
erweiterungen und Reformen, welche das „Record Reign“
kennzeichnen.

Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Irland
zählte im Jahre 1837 ohne seine Kolonien 25 1/2 Millionen, im
Jahre 1897 39 1/2 Millionen Einwohner, eine Vermehrung um
mehr als die Hälfte, wovon der Löwenanteil auf England
mit Wales entfällt, das seine Bevölkerung in dieser Zeit mehr
als verdoppelt hat.

Was den Reichtum Englands betrifft, so belief sich 1837
das einkommensteuerepflichtige Einkommen im Vereinigten
Königreich auf jährlich 270 Millionen Pfund Sterling, während
es heute 690 Millionen Pfund beträgt.

Table with 2 columns: Name and Amount.
A. E. Jeans 600 Millionen Pfund.
H. Giffen 550
Leone Levi 521
R. Mitchell 447

\*) Georg III. regierte nominell etwas über 59 Jahre (vom
26. Oktober 1760 bis zum 29. Januar 1820), davon entfielen aber
neun Jahre auf bloße Titular-Regentschaft, während deren für den
wahnsinnigen König dessen Sohn, der nachmalige Georg IV., die
Regierung führte. Die jetzige Königin hat seit dem 20. Juni 1837
ununterbrochen ihres Amtes verwaltet.

Seitdem haben in den meisten Berufen Lohnaufbesserungen
stattgefunden, so daß man, ohne in Schönfärberei zu verfallen,
den letzteren Betrag als nicht übertrieben annehmen kann.

Was die Ausgaben des Staatshaushalts anbetrifft,
so hat sich die Last der Staatsschuld, trotz der großen und
kostspieligen Kriege, die England unter der Regierung der
Victoria geführt hat, und von denen der Krimkrieg allein
70 Millionen Pfund kostete, — absolut und relativ vermindert.

Dafür zeigt das Zivilbudget eine Steigerung der Aus-
gaben für das Erziehungswesen von 1 1/2 Pence auf
5 Schill. 2 1/2 Pence pro Kopf. Von kaum 200 000 Pfund ist
der Kosten Unterricht, Wissenschaft und Kunst auf über
10 Millionen Pfund gestiegen.

Mit Zahlen über die Steigerung der Produktion, des
Importes und Exports können wir die Leser verschonen. Die
kolossale Steigerung der Produktionskräfte ist bekannt, welche
Ausdehnung Englands Handel genommen, zeigt die Vermehrung
seiner Handelsflotte von 5 auf 81 Millionen Tonnen Trag-
kraft.

Diese Verbilligung, die hier in einer Proportion von
5 zu 16 erscheint, deutet allein schon auf eine Verbesserung
der Lage der Arbeiter hin. Nur wer an dem Gedanken fest-
hält, daß Steigerung des Glends die unmittelbare Vorstufe
des Sozialismus ist, kann sich veranlaßt sehen, diese Ver-
besserung als etwas Wegzudispuntirendes zu betrachten.

Die Arbeiterklasse allein entfallenden Jahreseinkommens
zurückbleibt. Für die erste Hälfte der achtziger Jahre ward
dies nämlich von den renommiertesten englischen Statistikern
wie folgt geschätzt:

Politische Uebersicht.

Berlin, 19. Juni.

Zwei neue Kaiserreden werden, die eine aus Biele-
feld, die andere aus Köln gemeldet. In Bielefeld besuchte
der Kaiser die Bodelschwingh'schen Anstalten, und ein
Theil der Bielefelder Rede ist, nach einem mit der hiesigen
Kritik schwer vereinbaren Rückblick auf den „großen Kurfürsten“
— der bekanntlich mit den Franzosen zwei Bündnisse
gegen Kaiser und Reich schloß — dem segens-
reichen Wirken des gottbegnadeten, vom
Himmel gesendeten Mannes, des Pastors
v. Bodelschwingh, gewidmet, über welchen Mann und
welches Wirken sehr viele, wohl weitans die meisten Menschen
in Deutschland ganz anders urtheilen. Zum Schluß kommt

ein politischer Trinkspruch, der nach dem amtlichen Telegramm
also lautet:

Ich trinke den Becher mit dem Wunsche, daß mein Pro-
gramm durchgeführt werde zum Wohle meines Volkes! Schutz
der nationalen Arbeit, Zurückweisung jeder
Umsturzbestrebung und schwerste Strafen dem
jenigen, der seinen Nachbar an freiwilliger
Arbeit hindert.

Der letzte Satz ist etwas unklar. Handelt es sich etwa
um die Wiedererweckung der vom Reichstag 1890/91 abgelehnten
Paragraphen gegen die Streikführer, deren Nichtannahme Herr
von Stumm und seine großindustriellen Freunde so sehr be-
dauerten? Die „Zurückweisung der Umsturzbestrebungen“ ist eben-
falls ein Stumm'sches Ideal. Und das gleiche gilt von „dem
Schutz der nationalen Arbeit“, ein Wort, das im Augenblick,
wo die Agrarier, die diesem Worte auch huldigen, oben auf sind,
ganz besonders zeitgemäß ist. Und nicht bloß Herr von Stumm
hat dieses Programm, auch Herr von Miquel, der neue
und neueste Gott.

Die Kölner Rede enthält eine Anspielung auf die
Tirpich'schen Flottenpläne („der Dreizack gehört in unsere
Hand!“), und schließt mit dem Ruf „Alaaaf Köln“, der
lebhaft an eine vor jetzt 55 Jahren gehaltene Rede des
Königs Friedrich Wilhelm IV. erinnert, durch welche diese
plattdeutsche Dialektform für: es lebe Köln! zuerst bekannt
wurde.

Daß ein Verfassungsbruch in der durch das v. d. Mecke-
Gesehleim und seinen nationalliberalen Bruder veranlaßten
parlamentarischen Mißhandlung der Artikel 29 und 30 der
Verfassung liegt, giebt jetzt auch die „National-
Zeitung“, allerdings sehr verschämmt, zu. Sie meint
jetzt ausdrücklich, daß die von uns in erster Reihe ver-
tretene Auffassung (daß vor dem Spezialgesetz ein aus-
drückliches Verfassungsänderungs-Gesetz verabschiedet sein
müsse, wenn das Spezialgesetz mit der Verfassung nicht über-
einstimmt) „theoretisch und logisch begründet“
sei. Sie will allerdings trotzdem diesen Weg nicht beschreiten,
sondern sich mit der Form einer gleichzeitig mit dem Spezial-
gesetz zu verabschiedenden Verfassungsänderung begnügen. Schließ-
lich meint sie: die ganze Frage sei doch im Grunde genommen eine
bedeutungslose Formalität. Eine verfassungswidrige
Gesetzgebungsart ist keine bedeutungslose
Formalität, sondern ein mit dem Verfassungsgebot
unvereinbarer Rechtsbruch, also ein offenbar widerrechtlicher
„Umsturz der bestehenden Staatsordnung“. Daß zur Ver-
schonung dieses Weges unsere Gegner bereit sind, ist sehr
lehrreich!

„Fort mit dem Pessimismus!“ jubelt heute Abend
die „Kreuz-Zeitung“. Kein Wunder, daß sie vergnügt ist,
Tausch hat seinen Triumph. Und Miquel ist Trumpf.

Griechenland und Türkei. Die griechische Regierung erhob
wieder Beschwerde wegen Verletzungen der neutralen Zone seitens
der Türken, gegen angebliche in Thessalien bezogene Plünderungen
und sonstige Ausschreitungen türkischer Soldaten sowie da-
gegen, daß ein Druck auf die Bewohner Thessaliens ausgeübt
werde, um sie zur Unterzeichnung von Petitionen zu veranlassen, in
denen die Anektierung Thessaliens verlangt wird.

Wenig glaubhaft klingt die Londoner Nachricht der
„Köln. Zig.“, Lord Salisbury habe dem Herzog von West-
minster mitgeteilt, daß nach einer Meldung des britischen Ge-
sandten in Athen die Klärung Thessaliens be-
gonnen habe.

Aus Kanea wird depechirt: Nachdem sich die Einwohner
Arctas fortgesetzt verweigern, einigten sich die Admirale dahin, die
mit dem Sultan vereinbarten jährlichen Tribute von 10 000 türkischen
Pfund erst nach fünf Jahren beginnen zu lassen. Ueber die auto-
nomistische Verfassung finden eingehende Berathungen der Ad-
mirale statt.

Deutsches Reich.

— Kaiserworte. Die Bielefelder Rede haben unsere
Leser im Depeschenheft der gestrigen Nummer gefunden. Von der
Köln'schen Rede enthält der erste Theil nur allgemeine Betrachtungen
über Wilhelm I., die nichts Neues enthalten; im zweiten Theil
dieser Rede finden sich einige politische Andeutungen, weshalb
wir ihn nachfolgend wiedergeben:

„An dem Postament des Denkmal sah ich die beiden Figuren:
Köln mit dem Delzweig in der Hand, das Bild des Friedens, in
dem der Gewerbefleiß des Bürgers unter dem Schutze des Monarchen
sich entwickelt. Auf der anderen Seite: der Meergott mit dem Dreizack
in der Hand, ein Zeichen dafür, daß selbst unser großer Kaiser
unser Reich von neuem zusammengeschnitten, wir auch andere
Aufgaben auf der Welt haben: Deutsche aller Orten,
für die wir zu sorgen, deutsche Ehre, die wir
auch im Ausland aufrecht zu erhalten haben.
Der Dreizack gehört in unsere Faust, und ich denke,
die Kölner Bürgerschaft ist eine von denen, die dies am besten ver-
stehen. So ist es mein Wunsch, daß Gott es mir verleihe möge,
in den Bahnen meines Großvaters zu wandeln, der Welt den
Frieden zu erhalten, der ja erst existirt, seitdem das Deutsche Reich
wieder da ist, verglichen aber nach außen die Ehre des Reiches in
jeder Weise zu erhalten zu können, unserer waterländischen Arbeit
und der Industrie der produzierenden Stände die Absatzgebiete
zu sichern und zu erhalten, die wir brauchen. In
dieser Gesinnung erhebe ich mein Glas und trinke auf das Wohl,
Gedeihen und Vorwärtkommen von Köln und seiner Bürgerschaft,
Alaaaf Köln!“

— Als zukünftiger General-Postmeister wird
jetzt der ehemalige Husarenoffizier, jetzige Rittergutsbesitzer und
Generalmajor v. v. Podbielski genannt. Derselbe seitet zur
Zeit die Transvaal-Ausstellung. Diese Mittheilung scheint aber
doch nur ein Scherz zu sein, denn etwas Rücksicht muß man
schließlich doch darauf nehmen, ob jemand auch von dem Messort,

das es leisten soll, etwas versteht. — Die „Post“ kündigt übrigens an, daß die „populären Verkehrsleistungen“ nach Art des so besungnen Pachtportos aufgehoben werden. Ferner müsse „rücksichtslos jeder Verkehrsfluß beseitigt und das Personal auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden“. Das Personal sei auch für die von ihm zu verrichtenden Dienste „viel zu hoch qualifiziert“. — Das sind ja hübsche Aussichten für die Vera Miquel, meint die „Frei“. —

— Gegen den Gesetzentwurf zur Organisation des Handwerks hat das Präsidium des Deutschen Handeltages an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, worin die vom Handelsrat vertretenen Interessen, insbesondere diejenigen der Industrie, gegenüber dem Gesetzentwurf in mehrfachen Beziehungen zur Geltung gebracht werden.

Desgleichen ist von den Mitgliedern des Berliner Gewerbegerichts-Ausschusses, Unternehmern und Arbeitern, eine Petition an den Reichstag ergangen, welche sich gegen die geplanten Innungs-Schiedsgerichte wendet.

Diese Petition macht auf die schweren Gefahren aufmerksam, welche der gewerblichen Rechtsprechung drohen, falls die Vorlage Gesetz würde. Die Schwierigkeit und Willkür des Verfahrens bei den Gewerbegerichten beruht darauf, daß dieselben eine umfassende und daher fortlaufende Tätigkeit haben. Das einzelne Innungsschiedsgericht würde viel zu selten einen Streitfall erleben, um regelmäßige Terminstage abhalten zu können; andererseits würden alle Innungsschiedsgerichte zusammengekommen den Gewerbegerichten fast das gesamte Handwerk entziehen und sie ausschließlich zu einem Gerichtshofe für Streitigkeiten zwischen Großindustriellen und ihren Arbeitern machen. Diese Zersplitterung der Tätigkeit würde auch eine Erhöhung der Kosten zur Folge haben müssen. Die bisherigen Erfahrungen der Innungs-Schiedsgerichte, soweit dieselben überhaupt bekannt geworden sind, seien entschieden ungünstig. Die Unparteilichkeit sei bei den Gewerbegerichten durch einen unparteilichen Vorsitzenden gewahrt, während bei den Innungs-Schiedsgerichten der Vorsitzende aus der Klasse der Arbeitgeber genommen werden kann und häufig auch (schon der sonst entstehenden Kosten wegen) genommen werden wird. Die Tätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter würde geradezu unterbunden werden. Die Petition verlangt, daß an Orten, an denen Gewerbegerichte bestehen, Innungs-Schiedsgerichte nicht neu errichtet werden dürfen, und daß von vorhandenen Innungs-Schiedsgerichten die Verweisung an die Gewerbegerichte gehe.

— Zentrumsvorgänge. Die Bauernopposition in Niederbayern dürfte den Zentrumsvorgängen noch manche böse Stunde bereiten. Der Widerwille der bayerischen Bauern, die wahrlich gute Katholiken sind, gegen die berechnende, schaulende Politik der Partei, führt zu scharfen Auseinandersetzungen. So zählt jetzt das Organ des niederbayerischen Bauernvereins, der „Niederbayerische Bauer“, dem Zentrum eine ganze Liste seiner Sünden auf. Das Blatt beklagt, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus München geschrieben wird, die Aufbesserung der Reichsbeamten, den Antrag Lieber auf Aufbesserung der Staatssekretäre, erklärt, daß das Zentrum in der Vereinigungsfrage, „wie schon öfters“, duplet worden sei, daß das Zentrum, insbesondere Dr. Lieber, in der Majestätsbeleidigungs-Debatte seinen Mann nicht gestellt, tabelt, wie sich Dr. Lieber in der Marinefrage betragen etc. Wir wollen keine Beamtenaufbesserung, keine Aufbesserung der Offiziersgehälter, die nur dem Militärischen zu gute kommt, rüst das Bauernblatt. Der Artikel, der scharf und klar, mit vollem Bewußtsein dessen, was er sagt und was sein Sorgen bedeutet, geschrieben ist, schließt mit folgenden Worten:

„Es ist auf das Verdienst des Herrn Dr. Lieber bei der Marinevorlage hingewiesen worden. Allein zu unrecht. Dr. Lieber hat in dieser Frage gar kein Verdienst, denn als dieser Herr die angebliche Keuperung des Kaisers, welche letzterer zu Stimm gemacht haben soll (Klabradratsch) hörte, da fiel ihm das Herz in die Hose und er war bereit, die ganze Marinevorlage zu genehmigen, wenn nicht andere Herren und die Zentrumspresse dazwischen gekommen wären. Ja! Ja! Wenn wir auch fern von Madrid wohnen, so hören wir doch manches, was man eigentlich nicht hören soll.“

Diese Dinge dürften den Zentrumsvorgängern wenig Freude bereiten. Sie werden alle Mühe haben, daß der bayerische Pfeiler ihres „Thurnes“ nicht unterhöhlt und zu Fall gebracht werde.

— Ueber die Klassifikation der verschiedenen Verbrechensgruppen nach ihren individuellen Eigenschaften und insbesondere ihrer Gefährlichkeit für die Gesellschaft machten sich auf dem Kongress der Kriminalisten in Heidelberg weitgehende Meinungsverschiedenheiten bemerkbar. Während einige Redner gänzlich ablehnend der Frage gegenüberstanden, plädierten Vizsig-Halle, Röhner, Berlin und Frank. Diese für Klassifizierung beim Strafvolzug je nach den Begleitumständen, die eine größere oder geringere Gefährlichkeit des Individuums für die Gesellschaft voraussetzt. Sehr eingehend wendet sich Dr. Krohne gegen den Begriff des „Unverbesserlichen“. Ein Standpunkt, der von Jacobs, v. Koblenz und v. Engelberg nicht geteilt wurde, da, wie diese Redner bemerkten, immer wieder Individuen in den Anstalten Aufnahme fanden, bei denen jede Besserung ausgeschlossen ist. Schließlich einigte man sich auf folgende Thesen:

I. Bei der richterlichen Bestimmung der Strafen und bei der Strafvolzug (Verordnung und Reglement, Vollzug im einzelnen) ist auf die Individualität der Verurteilten Rücksicht zu nehmen, soweit das Gesetz dies ermöglicht. II. Zu unterscheiden sind: 1. Augenblicks- (Gelegenheits-) Verbrecher. 2. Solche Verbrecher, bei denen die That und das Vorleben erkennen lassen, daß infolge mangelhafter Veranlagung oder Erziehung oder infolge späterer Einflüsse die Fähigkeit des Schuldigen, sich den bestehenden Normen zu unterwerfen, erheblich geschwächt ist, und bei denen die Gefahr als begründet erscheint, daß bei Geld- oder längerer Freiheitsstrafe eine Besserung nicht eintrete. 3. Verbrecher, deren Einordnung in das geschnitten-gesellschaftliche Leben nicht mehr erwartet wird.

III. Für den Vollzug der Freiheitsstrafen empfehlen sich folgende Grundsätze: 1. Es ist zu unterscheiden zwischen kurzen Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten und längeren über drei Monate. Die ersteren sind stets in Einzelhaft zu vollziehen. Bei längeren Freiheitsstrafen ist zu unterscheiden zwischen jüngeren — bis 25 (30) Jahr alten — und älteren — über 25 (30) Jahr alten — Verurteilten. Die Strafe an jüngeren Gefangenen ist, soweit dies das Gesetz und die Individualität zuläßt, in Einzelhaft zu vollziehen; bei älteren Erstverurteilten ist die Strafe ebenfalls in Einzelhaft zu vollziehen; bei älteren Wiederholtsverurteilten nur, soweit die Disziplin es erfordert oder die vorhandenen Einrichtungen es zulassen. Weitere Wiederholtsverurteilte sind von den jüngeren Gefangenen und älteren Erstverurteilten vollständig getrennt zu halten, wenn möglich in besonderen Abteilungen oder Anstalten. Alle Gefangenen der Gemeinschaftshaft sind nachts zu trennen. 2. Aufgabe des Vollzugs der Freiheitsstrafen ist: durch den Ernst der Strafe die Verurteilten unter die Rechtsordnung zu bringen und sie zu einem geordneten, geschnittenen Leben nach der Entlassung zu erziehen. Dies ist nur möglich durch eingehende Kenntnis und Berücksichtigung der Individualität der Gefangenen. Alle zu längerer Freiheitsstrafe Verurteilten müssen daher in ihrem Vorleben, ihrer geistlichen, geistigen, sittlichen und sozialen Entwicklung aufs eingehendste erforscht und dementsprechend im Strafvolzuge behandelt werden. Dazu gehören ein tüchtiges, für seinen Beruf vorgebildetes Beamtenpersonal und Einrichtungen, wie sie sich nur in größeren Anstalten treffen lassen. Die kleineren Gefängnisse sind daher als Strafgefängnisse anzubehalten oder nur zum Vollzuge ganz kurzer Strafen zu benutzen, sofern diese darin in Einzelhaft vollzogen werden können. — Für die Gewinnung eines seiner Aufgabe gewachsenen Ober- und Unterbeamtenpersonals ist zu sorgen, wobei zu beachten ist, daß im Dienste der Frauengefängnisse thätigst nur Frauen verwendet werden dürfen.“

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, als ob bei all diesen Verhandlungen mehr der Standpunkt zum Ausdruck kam, daß Gefängnis als eine Stätte der Züchtigung zu betrachten.

Seider ist die Zahl derjenigen, die an dieser Stätte eine Erziehung über wollen, und zwar nicht mit Mitteln, die Erbitterung und Haß hervorgerufen müssen, sehr gering. Wie traurig aber sieht es auf diesem Gebiet aus, wenn man bedenkt, daß selbst diese geringwertigen Grundzüge, wie sie der Kongress aufgestellt hat, heute beim Strafvolzug noch keine Geltung haben. Fast allgemein ist der Standpunkt maßgebend, den einige Redner mit äußerster Schärfe vertreten, ohne Unterschied alle Inzassen der Gefängnisse gleichmäßig zu behandeln. Daher die Erscheinung, daß die Zuchthäuser und Gefängnisse trotz aller Schnelligkeit der Behandlung oder gerade wegen dieser Schnelligkeit, den Verbrecher vielfach nur zu neuen Verbrechen vorbereiten.

— „Das Eigentum ist Diebstahl“ soll ein Grundsatz der Sozialdemokratie sein — wie ein Landgerichts-Rath in Lübeck behauptete. Der Herr Landgerichts-Rath ist von Genossen erfucht worden, in seinen Sommerferien einige Studien zu machen. Wir wollen, da der Herr seine Sommerferien vermutlich nicht zu Studien verwendet, ihm eine ganz kurze Lektion geben. In neuerer Zeit, Ende der 30er Jahre, wurde der Satz zuerst von dem Franzosen Proudhon in einer bekannten Schrift verfochten. Das aber Proudhon kein Sozialist im Sinne des internationalen wissenschaftlichen Sozialismus ist, wird dem Herrn Landgerichts-Rath — Clause in heißt der Mann — klar werden, wenn er die Streitschrift von Marx gegen Proudhon (Misère de la Philosophie etc.), geschrieben 1846, liest. Das Wort selbst rührt von Bristoff her, einem Vorkämpfer des „dritten Standes“, also des nach Herrschaft strebenden Bürgertums, und wurde zuerst gebracht 1782, also vor etwa 115 Jahren. Bristoff ist in weiteren Kreisen — vielleicht auch dem Herrn Lübecker Landgerichts-Rath — als Haupt der bürgerlich-demokratischen Girondinpartei bekannt, die von ihren Gegnern, den Jakobinern und Zentralisten auch „Bristoffisten“ genannt wurden. Ueber Bristoff und sein „Eigentum ist Diebstahl“ findet der Herr Landgerichts-Rath das Nähere in Louis Blanc's Geschichte der französischen Revolution.

Was zählt und der Herr für die kleine Lektion? —

— Religionsunterricht der Dissidentenkinder. In Braunschweig ist wiederum ein für die Dissidenten ungünstiges Urtheil bezüglich des Religionsunterrichts ihrer Kinder gefällt worden. Der Schloffer Bornemann hatte seinen Sohn, da dieser von Dr. Bötel, Lehrer der freireligiösen Gemeinde, in der Sittenlehre unterrichtet wurde, vom Schulpflichtunterricht zurückgehalten und erhielt hierauf 2 polizeiliche Strafmandate über 3 und 8 M. Gegen diese Polizeistrafen beantragte V. gerichtlichen Entscheid. Das Schöffengericht bestätigte jedoch die Strafmandate. Das angersische Landgericht sprach V. frei, wogegen die Berufung des Staatsanwalts beim Oberlandesgericht den Erfolg hatte, daß die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde. Nunmehr bestätigte das Landgericht das schöffengerichtliche Urtheil.

— Die transatlantische Dampfschiffahrt zwischen dem europäischen Kontinent und den Vereinigten Staaten ist am 19. Juni vor 50 Jahren eröffnet worden. Die „Volkz.“ vergleicht die dieser Gelegenheit das Verkehrsweisen von damals und heute. Der erste transatlantische Dampfer, der „Washington“, war nur etwa 270 Fuß lang, vermochte etwa 20 Passagiere aufzunehmen und beförderte wenig mehr als 1000 Tonnen Ladung, bei einer Geschwindigkeit von etwa 8 Meilen in der Stunde. Der neueste, am 4. Mai vom Stapel gelaufene bekannte Doppelschraubenschiffdampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ ist 650 Fuß lang, nimmt 750 Passagiere, 800 Zwischendeckspassagiere, beherbergt eine Mannschaft von 450 Mann, vermag etwa 11000 Tonnen Ladung zu nehmen und soll eine Geschwindigkeit von etwa 22 Seemeilen in der Stunde erhalten. Während vor 50 Jahren keine einzige deutsche Werft sich gefunden hätte, welche den Bau auch nur eines kleineren Dampfers unternahm, konnte, ist es deutschen Werften vorbehalten, in der Gegenwart die größten und schnellsten Schiffe der Weltzeit herzustellen.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In Stettin wurde der 22 Jahre alte Hofsänger Richard Steffen aus Verdenmühl wegen Majestätsbeleidigung zu der gesetzlich niedrigsten Strafe von 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

— Kolonialpolitisches. Aus Kamerun kommt, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mittheilt, die Nachricht, daß es erforderlich gewesen ist, den größeren Theil der Schutztruppe unter Führung des Hauptmanns v. Kamph zu einer „Strafexpedition“ nach der Nordgrenze der Kolonie, dem Flußgebiete des Rio del Rey, zu entsenden. Der Handelsverkehr jener Gegend, an welchem insbesondere die Firmen Jansen u. Thormählen, Knutson, Waldau u. Heilborn betheilig sind, war in der letzten Zeit durch Uebergriffe der Eingeborenen empfindlich geschädigt worden. Insbesondere die in den Kambidbergen anässigen Ngolos hatten mehrfach Handelskarawanen überfallen und ausgeraubt und die Träger getödtet. Nach den vorliegenden Nachrichten sei es der Schutztruppe gelungen, „die notwendigen Bestrafungen“ zu vollziehen, ohne daß ihr ernsthafter Widerstand entgegengetreten ist. Es steht zu hoffen, daß durch die erfolgreiche Expedition die Ruhe in jener Gegend für längere Zeit gesichert ist, und der Handelsverkehr einen neuen Aufschwung nehmen wird.

— Bern, 19. Juni. Der Nationalrath beschloß bei Verhandlung der Krankenversicherungsvorlage die völlige Freigabe der Arztwahl seitens der Patienten.

— Oesterreich. Wien, 18. Juni. Im Gemeinderathe wurde ein Schreiben des fortschrittlichen Parteiverbandes mitgetheilt, wonach die Liberalen bis zur Erledigung des Statthalterreferates wegen Nichtbeachtung der Geschäftsordnung durch den Bürgermeister den Sitzungen fernbleiben werden. — Gegenüber dem „Vaterland“, demzufolge der Ministerpräsident Graf Wodeni geduldet haben soll, er wolle Versöhnungsversuche unternehmen, und falls dieselben bis zum Herbst erfolglos blieben, das Parlament auflösen, erklärt das „Freundenblatt“, daß der Ministerpräsident niemandem gegenüber eine derartige Keuperung gethan habe.

— Ungarn. — Aus der Feldarbeiter-Bewegung wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus Budapest berichtet: Die Feldarbeiter von Rakoczy (Sozialer Komitat) haben mit dem Pächter des dortigen Großgrundbesitzers in Lohnstreit. Die Ernte beginnt in zwei Wochen, die gedungenen Arbeiter jedoch nehmen die Arbeit unter den im Winter abgemachten Löhnen nicht auf. Der Pächter droht, von Erlau Arbeiter zu bringen, was ihm jedoch nicht gelingen wird, da die ungarische, deutsche und serbische Arbeiterchaft größtentheils organisiert ist, die slavische Arbeiterchaft, größtentheils von Gebirgsgegenden stammend, die Arbeiten auf dem Flachlande nicht so schnell und geschickt verrichten kann. Die Folge davon ist, daß die Pächter besser fahren, wenn sie die Forderungen den Rakoczy Arbeitern bewilligen. In Bacsk-Madaras haben die Pächter 300 Arbeitern die Forderungen bereits bewilligt. Die Arbeiter haben bisher den dreizehnten Theil der Ernte bekommen und mußten achtzig Tage umsonst roboten. Nach dem am Montag erfolgten Arbeitseinstellung wurde von den Pächtern folgendes zugesagt: Die Arbeiter bekommen den ersten Theil der Ernte, die Robotarbeit bleibt weg; die Arbeitszeit dauert zwölf Stunden. Die im Winter gemachten Kontrakte mit den alten Arbeitsbedingungen wurden vernichtet und neue gemacht. Zu bemerken ist, daß die Tagelöhner jetzt 1 fl. 50 kr. erhalten. Die 300 Arbeiter zusammen bekommen um rund 3000 fl. mehr an Geld als früher, und jedem bleiben 80 Tage Robot erspart, dazu genießt er die Verkürzung der Arbeitszeit, und sind durch diese am fünfzig Arbeiter mehr möglich. In der Bearbeitung der Kulturfelder ist noch nichts abgemacht, da die Arbeiter die Hälfte des Ertrages haben wollen, die Pächter jedoch nur ein Drittel geben wollten.

## Frankreich.

— Paris, 19. Juni. Im heutigen Ministerrath theilte Sanotang mit, daß der französische Gesandte Górad in Peking ein Uebereinkommen mit China unterzeichnet hat, welches Frankreich neue Vortheile für seinen Handel und seine Politik in den an Tonkin angrenzenden Landstrichen zugeführt. Dazu zählen vornehmlich eine Verlängerung der Eisenbahn von Kwangsi nach dem Innern von China, der Eintritt in die Provinz Yunnan gegen Yunnanfu zu, die Ausbeutung der Minen in den chinesischen Grenzprovinzen durch französische Ingenieure. Der Minister theilte ferner ein Abkommen mit Venezuela mit, nach welchem die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden, sowie einen Handelsvertrag, der auf der Gegenseitigkeit des Minimaltarifs beruht, daneben aber Frankreich noch besondere Vortheile für seine hauptsächlichsten Ausfuhrartikel einräumt.

## Italien.

— Rom, 18. Juni. Die Deputirtenkammer setzte die Beratung des Budgets des Innern fort. Ministerpräsident di Rudini vertheidigte die innere Politik der Regierung, erläuterte die Reformen, die er bei der römischen Polizei einzuführen gedenkt, und trat für das Verhalten der Regierung in der Angelegenheit betreffend den im Gefängnis plötzlich verstorbenen Anarchisten Frezzi ein. Der Ministerpräsident berührte dann auch die Angelegenheit betreffend das Verbot der Abhaltung des republikanischen Kongresses und erklärte, er habe dieses Verbot erlassen, weil der Kongress die Organisation der Kräfte der Republikaner gegen die bestehenden Einrichtungen bedingte.

## Norwegen.

— Christiania, 18. Juni. Der Zollauschuss beantragte die Ermächtigung für die Regierung, denjenigen Nationen gegenüber Maximalsätze in Anwendung zu bringen, welche Norwegen ungünstiger als andere Staaten behandeln.

## Rußland.

— Neue Massenerhaftungen in Petersburg. In der Nacht vom 8. auf den 9. Juni sind in Petersburg mehrere Männer und Frauen aus der Intelligenz, sowie viele Arbeiter verhaftet worden.

## Afrika.

— Der Bund zwischen Transvaal und Orange Freistaat. Den „Times“ wird aus Kapstadt gemeldet: Der vom Volksraad des Orange-Freistaates ratifizierte Vertrag betreffend die Bundesvereinigung mit der Südafrikanischen Republik sieht die Einrichtung eines Bundesrathes vor, dessen 10 Mitglieder zu gleichen Theilen von den Präsidenten der beiden Staaten gewählt werden. Der Bundesrath wird alljährlich tagen und zwar abwechselnd in Bloemfontein und Prätoria.

— Prätoria, 19. Juni. Die Antwort der Transvaal-Regierung auf die Depeschen Chamberlains wurde gestern öffentlich im Volksraad vorgelesen. Es wird darin erklärt, Transvaal wolle sich trotz der Londoner Konvention das Recht, solchen Einwanderern den Zutritt zum Landesgebiet zu verweigern, die man als gefährlich ansehe; Transvaal könne hierüber entscheiden ohne England zu fragen, ebenso wie es mit Holland und über den Beitritt zur Genfer Konvention Verträge abschließen konnte. Die Antwort spricht sich für das Prinzip eines Schiedsspruches zwischen England und Transvaal aus und schlägt vor, die Schlichtung der Streitigkeiten dem schweizerischen Bundespräsidenten zu übertragen.

## Amerika.

— New York, 9. Juni. (Sig. Ber.) In der letzten Zeit haben die Staats-Konventionen der Sozialarbeiterpartei in mehreren Staaten stattgefunden, auf denen allen ein erfreulicher Fortschritt der Partei konstatiert wurde. Besonders in New Jersey ist ihr Wachstum ein rapides zu nennen, da heute Mitgliedschaften (Sektionen) an 29 Orten mit zusammen ca. 600 Mitgliedern bestehen, während zur Zeit der ersten Staats-Konvention im Jahre 1889 nur 6 Sektionen mit ca. 60 Mitgliedern vorhanden waren. Auf der Konvention von Massachusetts waren 18 Sektionen vertreten; dieselbe stellte für die nächsten Wahlen eine volle Kandidatenliste für den Staat auf. Die Konvention von Ohio, welche ebenfalls schon Maßnahmen für die Herbstwahlen traf, setzt einen Organisator ein, der seine ganze Tätigkeit der Gründung von Sektionen an neuen Orten widmen soll, an denen allen sich ja ein größerer oder kleinerer Kern von Genossen befindet. Auf der Konvention von Pennsylvania wurde konstatiert, daß im letzten Jahr 17 neue Sektionen gegründet wurden, so daß deren Gesamtzahl jetzt 35 ist. Unter anderen befinden sich 8 polnische Sektionen und Sprach-Abteilungen (Branches), die von Genossen W. Piesler gegründet worden sind, der eben eine zehnwöchentliche Agitationstour beendet, die er im Auftrage des Parteivorstandes übernommen hatte. Die Berichte über diese Tour (aus denen ich hier und da einige Mittheilungen machte) sind sehr interessant, doch gestattet der Raum nicht, ausführliche Auszüge daraus zu bringen. Nur bezüglich eines Ortes sei noch Erwähnung gethan, Shenandoah in Pennsylvania. Dort fand Piesler eine unerwartet starke Zuhörerchaft vor; die dortigen Genossen hatten ein Lokal genommen, welches ca. 300 Personen faßte, doch waren deren über 2000 erschienen. Der mit einem Theil seiner „Anspiegelgarde“ herbeigekehrte Major (Bürgermeister), der wohl einmal etwas von Handhabung der Versammlungsfreiheit in unsem — deutschen — Vaterland vernommen haben muß, „verbot“ die Abhaltung der Versammlung in dem Lokal wegen „möglicherweise durch den Anbruch entstehender Unfälle“; daran hätte man sich indessen nicht gestört, doch war inzwischen ein passendes Grundstück zur Verfügung gestellt worden, wohin nach erfolgter Bekanntmachung die Masse strömte. In dem Orte — dem Mittelpunkt eines der bedeutendsten Kohlenreviere — ist die lithuanische Bevölkerung bedeutend zahlreicher wie die polnische; es erscheint dort auch eine lithuanische Zeitung, deren Programm ein Ueberbleibsel eines spezifisch russischen anarchisch-bürgerlichen Revolutionismus ist. Auch besteht eine lithuanische Gesellschaft, die sich hauptsächlich mit Belämpfung des religiösen Einflusses auf die Massen beschäftigt.

Aus Texas wird gemeldet, daß die dortigen Populistenführer die Absicht hegen, dort Kolonien in großem Maßstab anzulegen. Gouverneur Bailes unterstütze die Bewegung, ebenso Debs. Die Geschichte macht den Eindruck, als ob jenes Projekt mit dem des letzteren sowie der bezüglichen Bewegung in Colorado einigermaßen in Zusammenhang stünde und daß es sich schließlich um weiter nichts handelt, als den dünn bevölkerten westlichen Staaten eine genügende Anzahl „Hände“ zuzuführen, damit die Farmbesitzer in eine bessere Position gebracht werden können. Wie nämlich ein Professor der hiesigen Columbia-Universität, der zwecks Untersuchung der ökonomischen Verhältnisse in den mittleren und westlichen Staaten längere Zeit in denselben zu gebracht hat, in einem darüber gehaltenen Vortrag angab, leidet der dortige Farmer sowohl unter dem niedrigen Preis der Produkte als auch unter der Höhe der Arbeitslöhne. Die Farmer hätten sich nur aus dem Grunde an der „Freiheitsbewegung“ betheiligt, weil man ihnen gesagt habe, daß durch die Freiheitsbewegung die Arbeitslöhne herabgedrückt würden. Da nun aus jenem Projekt nichts geworden ist, so will man es wohl versuchen, auf künstliche Weise das den industriellen Ausbeutern so sehr zu flatten gekommene Ueberangebot von Arbeitskräften auch zum Besten der ländlichen Ausbeuter herbeizuführen. — Ein Genosse in Colorado schreibt an die hiesige „Volkzeitung“, es würden gegenwärtig die himmerbrantesten Gerichte über Colorado in die Welt posant, um Leute hinzulocken. Aber so schlecht es auch sonstwo sein möge, ihre Lage könnten die Leute dort nicht verbessern. Wer indessen noch einige Mittel habe, der könne dessen sicher sein, nirgends — geriebenerer Spekulant zu finden, um ihm dieselben abzunehmen!

Die Arbeiter-Organisationen Kentucky's (selbstverständlich mit Ausnahme der auf sozialistischen Boden stehenden) wollen bei den nächsten Wahlen für die Silberdemokraten eintreten, da diese sich verpflichtet haben, für ein Gesetz zu stimmen, welches vorschreibt,

das Sträflinge nur an Straßenbauten beschäftigt werden dürfen. Kommen nun die „Goldwangen“ und machen eine „gleichwertige“ Offerte, dann stehen die „Ochsen vor'm Berge“!

Doch zum ersten Mal ist der Fall zu konstatieren, daß ein amerikanischer Gewerkschaftsverband das „Massenverurtheil“ so weit überwunden hat, um in seinen Vorstand einen „Farbigen“ zu wählen. Es ist dies seitens des Tabakarbeiter-Verbandes geschehen, der zu einem seiner Vize-Präsidenten den Neger Horace Price in St. Louis erkoren hat. Im übrigen steht freilich dieser Verband noch auf dem Boden des rücksichtigen „Pure and Simple“-Unionismus. Für eine auf sozialistischem Boden stehende derartige Organisation wäre natürlich der Umstand auch von keiner Besonderheit.

Washington, 18. Juni. Staatssekretär Sherman, wegen der Annexion Hawaiis befragt, sagte, er sei im Prinzip ein Gegner davon, daß die Vereinigten Staaten weit entfernt gelegene Länder erwerben, er betrachte jedoch die Angelegenheit in Hawaii der Ansprüche Japans wegen als eine ausnahmsweise. — Davis, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, erklärte, es würden keinerlei Anstrengungen gemacht, in dieser Session über den Vertrag mit Hawaii noch eine endgültige Entscheidung herbeizuführen, jedoch werde dem Senat Bericht über denselben erstattet. —

### Asien.

— Rußland im Osten. Der Petersburger „Nowoje Wremja“ zufolge gründet der Finanzminister eine ständige Handelsagentur in Korea. Das Blatt bezeichnet gleichzeitig das Gerücht über die Gründung einer russisch-koreanischen Bank als verfrüht. —

## Parlamentarisches.

Im Abgeordnetenhaus sind an Regierungsvorlagen noch unerledigt geblieben: Die zweite Abstimmung über das Vereinsgesetz, die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten in der Provinz Schlesien, die weitere Beratung der Denkschrift über den Bau von Arbeiterwohnungen und alle drei Lesungen des neu eingegangenen Gesetzes betreffend die Zwangsvollstreckung aus Forderungen landwirtschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten. Ferner liegen noch vier Kommissionsberichte über Anträge aus dem Hause vor, während fünf Anträge der Erledigung im Plenum harren. Dazu kommt eine große Anzahl von Petitionen. Dem Herrenhause liegen sechs Vorlagen, darunter das Handelskammer-Gesetz, vor, die ihm vom Abgeordnetenhaus zugegangen sind; ferner liegt noch die Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Verpflichtung der Gemeinden in den Landkreisen der Provinzen Hessen-Nassau und Schlesien zur Wuldenhaltung aus.

## Partei-Nachrichten.

Zur Stichwahl in Wiesbaden. Zu Gunsten der Stichabgabe für den Kandidaten der deutschfreisinnigen Volkspartei erklären sich noch: „Königsberger Volkstribüne“ („Wenn der Freisinn auch zu sonst nichts zu gebrauchen ist, so doch wenigstens noch als Kanonensplitter gegen die Agrarier“), ferner die „Mitteldeutsche Sonntagzeitung“ in Wiesbaden. Die „Vielfelder Volkswacht“ bezeichnet den Beschluß auf Wahlenthaltung als einen großen politischen Fehler. Die „Norddeutsche Volksstimme“ in Bant sagt: „Dieser Beschluß deckt sich nicht mit unsern Wünschen.“

Eine mildere Auffassung als die meisten Parteiblätter vertritt die „Frankfurter Tagespost“. Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte kürzlich geschrieben: „Wir erachten es als selbstverständlich, daß unsere Parteigenossen in der Stichwahl dem Kandidaten des Linksbündnisses, Wintermeyer, ihre Stimmen geben werden. Bei dem Kampfe gegen das Junkerthum, der die Signatur dieser Tage ist, muß die bürgerliche antiagrarische Opposition jedenfalls mit Nachdruck bei solchem Stichentscheid unterläßt werden, ohne Rücksicht auf die Festigkeit der vorhergegangenen Wahlkämpfe. Das Persönliche muß zurücktreten, das Sachliche allein entscheiden.“

Dazu sagt unser Nürnberger Bruderorgan: „Das ist im allgemeinen richtig, doch kann es auch spezielle Fälle geben, welche ein Abweichen von dieser Taktik rechtfertigen oder doch wenigstens begreiflich erscheinen lassen. Freilich, Parteigenossen, welche in Wahlkämpfen noch nicht mit den „Freisinnigen“ als einzigem oder Hauptgegner zu thun hatten, sind gern geneigt, Lehren, wie sie unser Leipziger Bruderorgan ausspricht, zu ertheilen, während sie wahrscheinlich etwas zurückhaltender urtheilen würden, wenn sie selbst in Betracht kämen. Wir können uns z. B. ganz gut den Fall denken, daß Sozialdemokraten in einem Kreise ausfallgebend sind, in welchem ein „freisinniger“ Kandidat zur Stichwahl steht, der persönlich ein ganz unzuständiges, ja verächtliches Subjekt ist, das mit allen, auch den aller schlechtesten Mitteln seit Jahren gegen unsere Partei gekämpft hat, dabei unangenehm im höchsten Grade in seiner eigenen Partei ist, in seiner Wirksamkeit in öffentlichen Körperschaften die freisinnigen Prinzipien stets mit Füßen getreten hat und von seinen eigenen Genossen nur aus Gründen der Taktik noch gehalten wird, während es sich auf der anderen Seite um einen persönlich ehrenhaften, in politischen Fragen demokratisch gesinnten Ultramontanen handeln kann, der sich auf Manneswort verpflichtet, in gewissen Fragen mit uns zu stimmen. Wäre es da auch „selbstverständlich“, dem „Linksbündnis“ zum Siege zu verhelfen? Unsere Antwort lautet darauf positiv verneinend. Wir meinen, daß auch bei Stichwahlen, wie in gar manchen anderen Dingen unsere Partei mehr von Fall zu Fall als nach einer, vielleicht unter ganz anderen Umständen und Voraussetzungen konstruirten taktischen Schablone entscheiden müßte. Es ist uns nicht näher bekannt, wie in Wiesbaden die zu berücksichtigenden Nebenumstände, die mitunter als entscheidend ins Gewicht fallen können, liegen; aber wir können uns zu einer unbedingten Verurtheilung des Beschlusses unserer dortigen Genossen nicht entschließen.“

Parteiliteratur. In der gegenwärtigen Diskussion über die Vertheilung der Parteigenossen an den Landtags-Wahlen empfehlen wir den Genossen das Studium der über diese Frage bereits früher erschienenen Broschüren: „Vebel“, „Das allgemeine Stimmrecht und die Sozialdemokratie“ (20 Pf.), in welcher namentlich die jüngste Verschlechterung des preussischen (nicht sächsischen, wie es in gefälschter Nummer infolge eines Druckfehlers hieß) Dreiklassen-Wahlrechts eingehend und ziffernmäßig dargestellt ist, und „Schnepel“, Fort mit dem Dreiklassen-Wahlsystem“ (20 Pf.), eine Kritik, die zugleich eine kurze Geschichte der Entwicklung des politischen Lebens in Preußen seit dem Jahre 1848 ist. Beide Schriften sind durch den Verlag der Buchhandlung Vorwärts zu beziehen.

Aus Hamburg wird uns mitgetheilt: Die vereinigten Vorstände der sozialdemokratischen Vereine der drei Hamburger Wahlkreise haben den Beschluß, daß sich die Parteigenossen offiziell an der demnächst vorzunehmenden Ersatzwahl zur Bürgererschaft im 23. Bezirk Nordwest-Eimsbüttel beteiligen sollen. In diesem Bezirk sind seit der letzten Wahl 900 Personen Bürger geworden, davon etwa die Hälfte seit Erlaß des neuen Bürgerrechts-Gesetzes. Als Kandidat soll ein in dem Bezirke ansehnlicher, bekannter Parteigenosse aufgestellt werden, jedoch ist die Personenfrage noch nicht endgültig geregelt. Es werden sich dann fünf Kandidaten um das Mandat bewerben, und da die relative Majorität zur Wahl genügt, so ist die Kandidatur eines Sozialdemokraten nicht ganz ausgeschlossen. Freilich sind in dem Bezirk sehr viele Beamte angesetzt.

In Lübeck erhielten bei der Ergänzungswahl zur Bürgererschaft für das Jakobiquartier und die Vorstadt St. Gertrud die Kandidaten unserer Partei (Theodor Schwartz und P. S. Pape) 168 und 161 Stimmen, die Kandidaten des Vaterländischen Vereins 208 und 211, die des Bürgervereins 175 und 204 Stimmen. Die Stimmenzahl des Vaterländischen Vereins,

der jetzt in der Bürgerschaft das Heft in Händen hat, ist bedeutend gesunken, unsere etwas gestiegen und die des oppositionellen Bürgervereins hat sich mehr als verdoppelt.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der „Volkswille“ in Hannover hatte mitgetheilt, daß einige von dessen Expedition an den Postassistenten a. D. Genossen Bieth in Berlin gerichtete Sendungen nicht in die Hände des Adressaten gelangt waren, und hatte betreffs der Ursache des Nichtankommens der Sendungen einer Vermuthung Ausdruck gegeben, die von der Postverwaltung als Beleidigung aufgefaßt wurde. Der verantwortliche Redakteur Genosse Thielhorn erhielt eine Anklage, die am Donnerstag vorm Landgericht verhandelt wurde. Der Staatsanwalt beantragte 100 M. Geldstrafe, das Gericht erkannte auf eine solche von 80 M. — Genosse Thielhorn veräußert gegenwärtig eine Gefängnisstrafe, die bis zum 6. Juli dauert. Obgleich er erst seit 6 Wochen im Gefängnis weilt, ist er, wie der „Volkswille“ mittheilt, körperlich schon sehr heruntergekommen. Er wird mit Kartonnagen-Arbeit beschäftigt.

— Wegen Beleidigung des Amtsrichters Krauer in Döbeln i. S. war der Parteigenosse Fröhlich als verantwortlicher Redakteur der Burgstädter „Volksstimme“ zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Infolge einer neuen Anklage, die am Dienstag verhandelt wurde, ist die Strafe auf 3 Monate 2 Wochen verlängert worden. Außerdem wurde wegen Vergehens gegen die §§ 17 und 18 des Preßgesetzes auf 20 M. Geldstrafe erkannt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

Achtung, Tischler! Herr Vissauer, der in der Sonnabend-Nummer des „Vorwärts“ 15 Bauschüler für eine auswärtige Fabrik sucht, ist Agent für die Neumann'sche Dampf-Schifferei in Lützenwalde, deren Arbeiter im Streik stehen.

Achtung, Metallarbeiter! Kollegen! In Dänemark sind durch Nachspruch der Fabrikanten 6000 Mann brotlos! Am 9. Juni haben die vereinigten Meister und Unternehmer-Organisationen in Dänemark unsere Kollegen aus ganz geringfügigen Ursachen aufs Pfahle geworfen. Hier wie überall die gleiche Praxis. Hier gilt es unsere Solidarität zu beweisen. Die Vertrauensleute haben vor der Hand 1000 M. bewilligt; aber das genügt nicht, daher gebe ich bekannt, daß Sammellisten für die Ausgesperrten bei allen Vertrauensleuten zu haben sind. Kollegen! Das Vorhaben der dänischen Unternehmenseigenen, die Organisation unserer Arbeitsbrüder zu sprengen, muß vereitelt werden.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

Otto Raether, N. Anklamersstr. 44.

### Deutsches Reich.

#### Au die Maurer Deutschlands!

Seit 14. Juni befinden sich die Maurer Berlins im Streik. Sie fordern 60 Pf. Stundenlohn. Durch einmütiges Vorgehen ist in sechs Tagen ein günstiges Resultat erzielt worden. Auf 406 Baustätten ist unsere Forderung bewilligt, es arbeiten dort 4595 Kollegen. 63 Bauten liegen still, darunter die größten. Auf 223 Arbeitsstätten wird noch zu den alten Bedingungen gearbeitet, es sind daselbst 1224 Mann beschäftigt; darunter sind 86 Bauten, die nur teilweise besetzt sind. Die Zahl der Streikenden beträgt 1640.

Kollegen Deutschlands! Wir erwarten von Euch, daß Ihr und in diesem Kampfe moralisch unterstützt, indem Ihr den Zug um hier fernhaltet. Mit kollegialem Gruß: Die Lohnkommission der Maurer, Grenadierstraße 33.

„Die Einigkeit“. Unter diesem Titel ist die erste Nummer des Organs für die sogenannten lokalorganisirten Gewerkschaften erschienen. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur ist Karl Thiem, Berlin S., Dredenerstr. 110. Das Blatt wird vorläufig alle 14 Tage 6 Seiten stark zum Preise von 75 Pf. pro Quartal erscheinen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Gründung des Organs auf dem Kongress der Anhänger lokalorganisierter Gewerkschaften beschlossen worden. Es werden deshalb als Programm der Zeitschrift die beiden den prinzipiellen Standpunkt festlegenden Resolutionen an leitender Stelle abgedruckt und am Schluß des Artikels heißt es u. a.:

Wir werden in unserer Zeitschrift fest und bestimmt die Berechtigung und Zweckmäßigkeit der von uns vertretenen Organisationsform, der „Vertrauensmänner-Zentralisation“ und der „Lokalorganisation“ vertreten, sie erläutern, ihre Vorzüge vor den anderen Organisationsformen mit Ruhe, Sachlichkeit und Schärfe vertreten. Wir werden auf ein friedliches Zusammenarbeiten aller Organisationsformen nach dem letzten Beschluß des Kongresses in Halle hinarbeiten und die Solidarität nach allen Richtungen hin fördern und wahren.

Unser Blatt wird an der Spitze jedesmal einen Leitartikel bringen. Von den einzelnen Gewerkschaften erwarten wir vierteljährlich einen kurzen Bericht über die wesentlichen Vorkommnisse in ihrer Branche und in ihrer Organisation.

Dann sollen volkswirtschaftliche Nachrichten, Nachrichten über Politik und Sozialpolitik, über Streiks und Sperren, die unsere Leser interessieren, literarische Mittheilungen über neue Bücher und Zeitschriften folgen. Ein Fragekasten wird die Verbindung unserer Leser mit der Redaktion vermitteln.

Veranstaltungsberichte werden nicht aufgenommen, die sind der örtlichen oder der betreffenden gewerkschaftlichen Presse überlassen.“

In Bremen ist, wie unser dortiges Partei-Organ mittheilt, der Streik der Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Jutespinnerei und Weberei nach über fünfwöchiger Dauer mit einem Erfolge beendet, wie er günstiger für die Arbeiter schwerlich erwartet werden dürfte. Die Arbeit ist am Sonnabend Morgen um 6 Uhr wieder aufgenommen worden. Unter den Zugewandten der Direktion befindet sich auch das, daß die beiden gemahregelten Arbeiterinnen wieder eingestellt werden sollen.

Die Gewerkschaften Erfurt halten heute ein gemeinsames Fest ab. Sie hatten die Polizei ersucht, einen Aufzug zu genehmigen. Die Erlaubnis wurde versagt, weil sonst Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten wäre. Im vorigen Jahre hat die Polizei den Aufzug der Gewerkschaften genehmigt und er ist vor sich gegangen, ohne daß die geringste Störung vorgekommen wäre.

In Altenburg haben, um den Maurerstreik zu beenden, unter dem auch die übrigen Banarbeiter leiden, die Zimmer- und Maurerpoliere Vergleichsverhandlungen angebahnt, die zu dem Resultate führten, daß bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit ein Stundenlohn von 38 Pf. abwärts gezahlt und in nächster Zeit eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit bewilligt werden soll. Auf Sonnabend war eine Maurerversammlung einberufen, die über dieses Angebot beschließen sollte.

Der Weisenfelder Schuhmacherstreik hat rund 41 804 M. gekostet. Ebenfalls ging ein und zwar 3028 M. aus Weisenfels, 15 200 M. vom Zentralvorstand der Schuhmacherorganisation, ferner 28 573 M. aus den Kreisen der übrigen deutschen Arbeiter.

Aus dem Vergewier Zeit-Weisenfels wird uns geschrieben: Vor etwa 14 Tagen haben die Belegschaften den Grubenverwaltungen Forderungen auf Änderung der Arbeitsbedingungen eingereicht, deren Einführung aber von den vereinigten Grubenverwaltungen abgelehnt worden ist. Im Febr. Anzeiger wurde folgende öffentliche Erklärung veröffentlicht:

1. Die Befreiung der Bedingungs- oder Akkord-Arbeit ist ebenso wie die Einführung des allgemeinen Achtstundentages bei unserem Braunkohlenbergbau nicht durchführbar.
2. Eine allgemeine Lohnerhöhung, insbesondere eine Erhöhung der Bedinge kann nach der Lage unserer Industrie nicht gewährt werden.

6. Die Schichtlöhne sollen auf ihre Angemessenheit im Vergleich zu entsprechenden Arbeitsleistungen auf anderen Gebieten geprüft und etwaige Unzuträglichkeiten ausgeglichen werden. Vorbedingung hierfür ist ein ferneres friedliches Verhalten der Belegschaften.

4. Arbeiterausschüsse sind wir gern bereit, einzuführen, wo sie gewünscht werden.

5. Die Freigabe des 1. Mai als Feiertag lehnen wir als eine sozialdemokratische Parteiforderung ab.

6. Ueber die sonstigen, auf einzelnen Werken geäußerten Wünsche örtlicher Natur wird mit den Belegschaften dieser Werke verhandelt werden.

Wir rathen den Belegschaften in ihrem eigenen Interesse, sich durch Einflüsse von außerhalb nicht zu folgenschweren Schritten hinreißen zu lassen.

A. Riebed'sche Montanwerke, Aktien-Gesellschaft, Sächsisch-Thüring. Aktiengesellschaft für Braunkohlen-Verwertung, Weischen-Weisenfelder Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft, Zeitzer Paraffin- und Solaröl-Fabrik, Aktien-Gesellschaft, Waldauer Braunkohlen-Industrie, Aktien-Gesellschaft, Raumburger Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft, S. D. Schmidt, Hugo Carlson, Gewerkschaft Grube bei Neußen, F. A. Köttig.

Die Antwort ist den Belegschaften am Freitag verlesen worden, worauf die Nachsicht der Grube „Rue Sorge“ die Ansicht eingestellt hat. Es streiten insgesamt von dieser Grube 60 bis 70 Mann, während 8 Mann eingefahren sind. Der Ausstand wird voraussichtlich bedeutend an Ausdehnung zunehmen, da die ablehnende Haltung der Direktionen unter den Bergarbeitern den größten Unwillen hervorgerufen hat. Im ganzen Revier kommen insgesamt gegen 3000 Arbeiter in Betracht, die unter dem Druck der Zeit sich seit vergangener Herbst enger organisiert haben. Die Arbeitszeit hat bisher im Minimum 10 Stunden betragen, auch sind die sonstigen Arbeitsverhältnisse in den Gruben nicht die rosigsten.

In der Meyer'schen Zigarrenfabrik in Weimar ist, wie uns durch Privatdepesche gemeldet wird, ein Streik aufgebrochen. Die Soritzer wurden wegen ihrer solidarischen Haltung gemahregelt. Es wird ersucht, den Zug zu unterlassen.

In Kaiserlautern in der Rheinpfalz stehen die Ziegler in einer Lohnbewegung. Sie müssen jetzt 13-16 Stunden täglich arbeiten und fordern nun den Elftundentag sowie Lohnerhöhung. Die Fachgenossen werden ersucht, den Zug fernzuhalten.

## Soziales.

Die Arbeiter Hofkocks bekommen endlich das lang ersehnte Gewerkegericht. Der Magistrat hat seinen Widerstand aufgegeben und der Repräsentierenden Bürgerschaft offiziell mitgetheilt, daß er sich von der Möglichkeit eines Gewerkegerichts für Hofkock überzeugt habe. Von der Repräsentierenden Bürgerschaft war die Sache durch eine Resolution gefördert worden.

## Mordprozeß Wolff und Genossen.

Die grauenhafte Missethat, mit der das verflozene Jahr abschloß, beschäftigte gestern das Schourgericht des Landgerichts I. Am Abend des 29. Dezember wurde der Kaufmann Jakob Brod, welcher im Hause Alexanderstr. 14c einen Verkauf von Konfitüren betrieb, in seinen Geschäftsräumen von zwei Männern überfallen, zu Boden geschlagen und seiner Baarschaft beraubt. Die Thäter hatten sich im Keller versteckt gehalten, wohin Brod sich an jedem Abend nach Geschäftsschluss begab, um den Gashahn auszudrehen. Als er zu diesem Zwecke eine gebückte Stellung einnahm, wurde er von den aus dem Hinterhalt hervorpringenden Räubern durch Knüttelstöße zu Boden gestreift und so furchtbar zugerichtet, daß er wie todt liegen blieb. Er kam nach einiger Zeit wieder so weit zu sich, daß er sich mühsam die Treppe hinauf in das neben dem Laden befindliche Zimmer zu schleppen vermochte. Brod hatte keine Angehörigen; als er im November v. J. sein Geschäft eröffnete, hatte er sich eine Verkäuferin in der Person der zwanzigjährigen unzureichlichen Martha Krause angenommen. Diese, sowie ein stundenweise von ihm bezahlter Hausdiener waren seine einzigen Bediensteten. Als Brod nach dem Ueberfall der Krause in blutüberströmtem Zustande zu Gesicht kam, befand sie sich noch im Laden. Sie eilte sofort auf die Straße, um einen Schuhmann zu holen. Brod wurde noch an demselben Abend nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. Hier ist er am 9. Februar an den Verletzungen gestorben. Einer der Thäter, der Hausdiener Hermann Karl Friedrich Wolff, wurde schon am folgenden Tage in Berlin, der zweite, Arbeiter Hermann August Müller einige Tage später in Braunschweig ergriffen. Diese beiden befinden sich jetzt wegen Mordes auf der Anklagebank, denn nach der ganzen Art, wie die That ausgeführt wurde und in Erwägung des Unfaßlichen, daß die Thäter einer Entdeckung sicher sein mußten, wenn es ihnen nicht gelang, ihr Opfer für immer stumm zu machen, nimmt die Staatsanwaltschaft an, daß Brod ermordet und nicht nur so weit zugerichtet werden sollte, daß er sich ungehindert berauben lassen mußte. Brod soll einen Betrag von 450-460 M. bei sich geführt haben, welcher von den Thätern geraubt wurde. Aber noch zwei andere Personen, welche bei dem Verbrechen theilhaftig sind, befinden sich auf der Anklagebank: die Verkäuferin Martha Krause und der Arbeiter August Johann Siekholz. Sie werden folgenderweise beschuldigt: Wolff, der sich durch Gelegenheitsarbeiten in der Markthalle seinen Unterhalt zu verschaffen suchte, sich aber zuletzt in der Wärmehalle am Alexanderplatz aufhielt, wurde von Brod stundenweise beschäftigt. Am Nachmittage des 29. Dezember wurde er von Brod, der sein Geschäft am 1. Januar wieder aufgeben wollte, entlassen. Er suchte die Wärmehalle auf, wo er seine Genossen Müller und Siekholz traf. Die Anklage behauptet, daß die Krause dem Brod feindselig gesinnt war und den Arbeiter Wolff angeflistet hat, ihren gemeinsamen Arbeitgeber, der immer mehrere hundert Mark Geld bei sich führte, zu berauben, nachdem demselben eine ordentliche Reimigung“ zu theil geworden sei. Wolff hatte in der Wärmehalle vorzugsweise mit den Mitangeklagten Müller und Siekholz, sowie mit einem Weber Michael Schneider verkehrt, sämtlich arbeitsschüchtern, verbummelte Menschen, die aber gleich ihm außer wegen Bettelns und Nichtbeschaffung eines Unterkommens mit dem Straßengehock noch nicht in Konflikt gekommen sind. Siekholz führt unter seinen Bekannten den Epitheton „Sattler-August“, Schneider hieß „der Württemberger“. Wolff fand bei diesen drei Personen für sein Vorhaben williges Gehör und zunächst handelte es sich nur darum, den Brod zu berauben. Verschiedene Pläne wurden geschmiedet und am Abend des 24. Dezember sollte der zuletzt gefasste zur Ausführung gebracht werden. Sie wollten den Kaufmann Brod, wenn er sich nach Schluß des Geschäftes nach seiner Wohnung begab, an einer etwas abgelegenen Stelle unweit des Alexanderplatzes überfallen und berauben.

Müller, Siekholz und Schneider trafen auch zu der verabredeten Zeit zusammen, aber Wolff kam nicht. Dieser hatte in der Wärmehalle einer „Anbacht“ beigemohnt und dies soll auf sein noch nicht völlig verhärtetes Gemüth insoweit gewirkt haben, daß er die That zwar nicht aufgab, aber doch aufschob, weil es gerade Feiertag war. Nun wurde der Abend des 28. Dezember zur That ausgerufen. Diesmal sollte Brod nach Schluß des Geschäftes, wenn er wieder aus dem Keller herauskam, in seinem Laden überfallen und beraubt werden. Siekholz und Schneider verloren den Muth und erschienen nicht an der verabredeten Stelle. Wolff und Müller wollten dann aber die That ohne weitere Vorbehalte ausführen. Aber auch an diesem Abend mußten sie von der Ausführung ihres Vorhabens Abstand nehmen, da sie die Hausdiener zum Brod'schen Geschäft bereits verschloffen fanden. Man sollte der folgende Abend benützt werden. Siekholz und Schneider traten zurück, Wolff und Müller bedarfen bei ihrem verbrecherischen Plan, der denn auch in der beschriebenen Weise zur Ausführung gebracht wurde. Nachdem die

Beiden Thäter den Ort der That verlassen hatten, begaben sie sich nach der Fährstraße auf einen entlegenen Platz, der zur Ausstellung von Möbelwagen benutzt wird. Hier wurde der Raub vollzogen, jeder erhielt 200 M., dann trennten sie sich. Wolff wandte sich dem Friedrichshagen zu, wo er ein Zwanzigmarstück vergab. Dann ging er nach der Herberge in der Auguststraße, wo er einen Hundertmarstück versteckte. Schon am 30. Dezember erfolgte seine Festnahme, seine blutbesetzten Kleider hatten den Verdacht auf ihn gelenkt. Vorher hatte er Müller und Birchholz in der Herberge getroffen. Die beiden letzteren waren schon vorher zusammengetroffen. Birchholz wurde Mitwisser der That und besorgte für Müller eine andere Hose, da auch dessen Kleider mit Blutflecken besudelt waren. Jeder der beiden Thäter zahlte an Birchholz 10 M., wofür dieser Verschwiegenheit versprach. Müller fürchtete aber doch, daß Birchholz ihn verrathen würde, er überredete ihn daher, Berlin mit ihm zu verlassen. Nach wenigen Kreuz- und Querzügen trennten sie sich wieder in Braunshweig, Müller wollte erst allein zu Verwandten nach einem Dorf bei Giesleben fahren und dann mit Birchholz in Hamburg zusammentreffen. Der letztere fuhr aber nach Berlin zurück. Schon am folgenden Tage waren alle drei in den Händen der Polizei.

### Die Verhandlung

findet unter großem Andrang im großen Schwurgerichts-Saal statt. Den Vorsitz führt Landgerichtsrath K o s e b a u m, die Anklage vertritt Staatsanwalt Keller, die Verteidigung führen Assessor Lippmann-Wulff, Rechtsanwälte Arnold Goldstein, Strassow und Dr. C o s m a n n. Die von dem letzteren verteidigte Angeklagte Krause ist die einzige der auf der Anklagebank befindlichen Personen, die größeres persönliches Interesse erregt. Sie hat ein sehr sympathisches Aussehen, das ägypische schwarze Haar umrahmt ein wohlgeformtes Gesicht und niemand würde ahnen, daß dieses unschuldig dreinsehende 18-jährige Mädchen in eine so furchtbare Anklage verwickelt sein könnte.

Der Angeklagte Wolff heißt Hermann Karl Friedrich mit Vornamen, ist 1877 in Tempelberg bei Mühlberg geboren und nur wegen Bettelns vorbestraft. Der zweite Angeklagte, Arbeiter Hermann August Müller, ist 1876 im Kreise Magdeburg geboren, gleichfalls wegen Bettelns mehrfach vorbestraft; der Arbeiter August Johann Birchholz, gleichfalls wegen Bettelns vorbestraft, ist im Kreise Wirtshaus geboren; die letzte Angeklagte, Verkäuferin Martha Bertha Helene Krause, ist 1878 in Berlin geboren und unbestraft. — Die Anklage beschuldigt die Angeklagten Wolff und Müller des Mordes und schweren Raubes, den Birchholz der Dohlererei und der Begünstigung, die Krause der Anstiftung zum schweren Raube und Beihilfe zum schweren Raube.

Die Angeklagten erzählen die Vorgänge im allgemeinen in Uebereinstimmung mit der Anklage.

Wolff ist der Sohn eines Arbeiters und hat noch fünf Geschwister. Er ist nach Verlassen der Dorfschule in die Welt gegangen und schließlich nach Berlin verschlagen worden. Er behauptet, daß er schließlich durch die Krause auf den Verabredungs-Plan gekommen sei. Er habe ein rothes Halsband getragen, welches Brod nicht habe leiden können. Brod habe zu ihm gesagt: „Ich kann Dich nicht mehr darin sehen, Du siehst aus wie ein Verbrecher!“ Darüber habe er sich gekümmert und zu der Krause gesagt: „Dem müßte man einmal eine Ohrfeige geben!“ Da habe die Krause, die sich mit ihm nicht habe vertragen können, weil er ihr unsittliche Anträge gemacht, durchaus zugestimmt und gesagt: „Machen Sie es nur, der verdient einmal eine ordentliche Reinigung!“ Sie habe ihm dann zehn Mark versprochen, wenn er dem Brod einmal ein andrücke. Sie habe ihm dies dann täglich vorgehalten und ihm erzählt, daß Brod immer 400 M. bei sich in der Tasche trage. Sie habe ihn dann aufgereizt, Brod zu berauben. Der Angeklagte Birchholz giebt zu, dem Müller auf seinen Wunsch eine neue Hose gekauft und von demselben Geld erhalten zu haben, er will sich jedoch dabei nicht recht wohl gedacht haben. Auf Vorhalt giebt er zu, daß, als er den Müller getroffen, dieser ihm gesagt habe, daß er Geld habe. Er habe sich dabei allerdings denken können, daß Müller wohl den viel besprochenen Plan ausgeführt haben werde. Die am 1. November v. J. 18 Jahre alt gewordene

### Angeklagte Krause

bestreitet entschieden ihre Schuld. Wie aus ihrer Vernehmung zu ihren Personalien hervorgeht, hat sie eine hiesige Gemeindeschule besucht und ist nach ihrer Konfirmation in verschiedenen Geschäften als Verkäuferin thätig gewesen. Unter anderem war sie in einem Geschäft in der Passage angestellt, im Jahre 1895 in dem Fährhändler'schen Konfitürengeschäft. Schon damals hatte sie sich ein „Verhältnis“ zugelegt. Als sie bei Brod thätig war, „ging“ sie gleichfalls mit einem Herrn. Ein Freund des letzteren ist der praktische Arzt Dr. Rosenbaum, der durch Zufall Gelegenheit hatte, nach der That als einer der ersten am Thortore zu sein. Er hatte sich nämlich gerade zum 29. Dezember ein Pfefferkuchen-Derg mit Kaffeebohnen bestellt. Als er im Geschäft erschien, um es abzuholen, war es noch nicht fertig und er wurde aufgefordert, es sich um 9 Uhr abends abzuholen. Die Krause war am 28. Oktober von Brod als Verkäuferin während der Weihnachtszeit engagiert worden. Sie behauptet, Brod habe sie geküßt, was ihr sehr unangenehm gewesen sei, auch habe er versucht, in intime Beziehungen zu ihr zu treten. Sie habe sich dies im Auftrage ihrer Eltern ernstlich verboten. Sie habe einen Widerwillen gegen Brod gehabt und als ihr Wolff die Geschichte mit dem rothen Halsband erzählt, habe sie allerdings gesagt: „Es wäre ganz gut, wenn der Mann mal seine Reinigung bekäme.“ Sie bestreitet ganz entschieden, den Wolff darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß Brod immer mehrere hundert Mark Geld bei sich trage. Als am Tage der That Wolff mit dem Angeklagten Müller im Geschäftstotal erschien, habe Wolff gesagt, es handle sich darum, Kisten zu kaufen und daß er sich diese ansehen wolle. Sie müsse entschieden bestreiten, daß sie Wolff und Müller zu einem schweren Raube angestiftet habe, hätte aber nichts davor gehabt, wenn Brod einmal ein ausgereißt bekommen hätte. Als der Ueberfall vor sich ging, habe sie nicht gewußt, daß die beiden im Keller sich befänden. Nachdem Brod in den Keller gegangen war, habe sie plötzlich einen dumpfen Schlag gehört. Sie habe ängstlich: „Herr Brod! Herr Brod!“ gerufen und etwas wie ein Knäusen gehört. Sie habe aus Angst den Laden einen Augenblick verlassen, um draußen auf der Straße einen Herrn zu bitten, einen Schuttmann herbeizuholen. Wie die Angeklagten aus dem Hause gekommen, wisse sie nicht; hineingekommen seien sie wahrscheinlich durch die vom Hofe in den Keller führende Thür, die immer offen gestanden habe. Als der Schuttmann erstanden war, kam Brod blutüberströmt die Treppe herauf, konnte nichts sprechen und sank sofort zusammen. Am war auch die Zeit gekommen, in welcher Dr. Rosenbaum verabredetermaßen erscheinen sollte. Die Angeklagte Krause hatte ihm zugesagt, daß er sie nach Hause begleiten dürfe. Als Dr. Rosenbaum sah, daß Brod schwere Verletzungen erhalten hatte, ordnete er an, daß der Berwundete zunächst nach der Sanitätswache befördert wurde. Die Angeklagte stellt wiederholt entschieden die Anstiftung zum Raube in Abrede. — Sowohl der Staatsanwalt als auch Rechtsanwalt Goldstein verweisen darauf, daß die Angeklagte bei ihrem ersten Verhör im Gegensatz zu ihrer heutigen Behauptung zugegeben habe, den Angeklagten Wolff auf das Geld, welches Brod in seiner Tasche zu tragen pflegte, aufmerksam gemacht zu haben. — Rechtsanwalt Dr. C o s m a n n behält sich Beweise dafür vor, daß die Angeklagte bei ihrer Vernehmung sich in feilscher Depression befunden habe, überhaupt an Hysterie leide und bei der sehr langen Dauer ihrer Vernehmung sich über die Tragweite ihrer Aussagen wohl nicht ganz klar gewesen sei. — Der vernommene Gefängnisarzt behauptet, daß er an der Angeklagten allerdings hysterische Erscheinungen wahrgenommen habe, die aber nicht so bedeutend waren, daß man an der Geistesklarheit der Angeklagten zweifeln könnte. — Der

### Zeuge Dr. Rosenbaum

ist an dem 29. Dezember, abends um 1/2 Uhr, im Brod'schen Laden erschienen und hat dort den verstorbenen Brod noch angetroffen.

Die Angeklagte Krause hatte ihm zugesagt, daß er sie um 9 Uhr nach Hause geleiten dürfe und sie bat ihn, außerhalb des Ladens auf sie zu warten. Er hat sich dann in der Nähe, dem Laden gegenüber, aufgestellt und noch wahrgenommen, wie das Gaslicht verlöschte. Als dann die Angeklagte Krause hülflos vor dem Laden erschien und ein Schuttmann in den Laden stürzte, ist auch er in den Laden gegangen und hat dort das Entsetzliche erfahren. Nach Ansicht des Zeugen hätte er es wahrnehmen müssen, wenn die beiden Verbrecher durch die durch eine Gaslaterne erleuchtete Ladenthür entkommen wären. Er befindet sich weiter, daß, als er um 1/2 Uhr im Laden war, die Angeklagte vollkommen ruhig war und in keiner Weise Anzeichen an ihr zu entdecken waren, die darauf hindeuteten, daß sie die Mitwisserin eines so kurz darauf zu infizierenden Verbrechens gewesen. Auf Befragen des Staatsanwalts giebt der Zeuge noch an, daß die Angeklagte außerordentlich erregt nach der That war und Bohnenvorstellungen hatte. Er habe sich bemerkt, die Angeklagte zu beruhigen und gesagt, Brod werde vielleicht verunglückt sein; da habe die Angeklagte allerdings sofort gesagt: „Nein, nein, er ist überfallen, sie haben ihn überfallen und ihm das Geld weggerissen.“ Eine ganz ähnliche Bemerkung hat die Angeklagte auch einer Zeugin gemacht, die nach der That im Laden mit der Krause gesprochen hat. Der Zeugin ist dies sofort sehr aufgefallen. — Der Schuttmann, der als erster herbeigerufen worden war, behauptet, daß die Angeklagte ganz außerordentlich aufgeregt gewesen sei.

### Weitere ärztliche Gutachten.

Nach dem Gutachten des Dr. Stobel ist es ein wahres Wunder, daß Brod nicht sofort seinen Wunden erlegen ist. In welchem Geisteszustande er getrieben wäre, wenn man ihn am Leben hätte erhalten können, wolle er nicht anmalen. Zehn Tage vor seinem Tode habe sich heftiges Fieber eingestellt und der Tod sei am 9. Februar infolge von Hirnhautentzündung erfolgt. — Dr. Rosenbaum gab sein ärztliches Gutachten dahin ab, daß die Angeklagte zweifellos an Hysterie leide und daß erfahrungsgemäß solche Leute oft Dinge reden, die sie nicht verantworten können. Wenn man bedenke, in welcher Aufregung die Angeklagte zum Verhör gekommen, so werde man ihren Aussagen nicht zu viel Gewicht beilegen können.

Während der einständigen Mittagspause werden auf Antrag des Rechtsanwalts Cosmann noch die Ärzte Dr. Alfred Hahn und Dr. Schenk als Zeugen bzw. Sachverständige vorgeladen. Beide haben die Angeklagte Krause vorübergehend behandelt. Sie tritt an Bleichsucht, und Dr. Schenk behauptet auch, daß sie ausgeprochen hysterisch war. Beide Zeugen können nicht behaupten, daß die Angeklagte nicht die Tragweite ihrer Aussagen vor dem Untersuchungsrichter hätte übersehen können.

Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragt Staatsanwalt Keller zunächst das Schuldig gegen Birchholz wegen Hehlerei und Begünstigung. Was die Krause betrifft, so hält es der Staatsanwalt nicht für erwiesen, daß sie als die Aufstifterin zu dem schweren Verbrechen zu gelten habe, dagegen hält er die Anklage wegen Beihilfe zu dem Raube aufrecht und beantragt, ihr mildernde Umstände zu verfahren. Die Angeklagten Wolff und Müller seien nicht nur Mörder, wie sie selbst gaben, sondern auch Mordgesellen. Es sei dringend notwendig, im Interesse des allgemeinen Sicherheitsgefühls einem solchen verbrecherischen Treiben mit der ganzen Schärfe des Gesetzes entgegenzutreten und die Geschworenen würden einen gerechten Spruch nur fällen, wenn sie die Schuldfragen wegen Mordes bejahen.

Nach den Plaidoyers der Verteidiger folgt die Rechtsbelehrung und die Verathung der Geschworenen.

Der Wahrspruch der Geschworenen lautete folgendermaßen: Wolff und Müller sind schuldig des schweren Raubes bei Nachtzeit ausgeführt in einem bewohnten Gebäude, in welches sie sich eingeschlichen hatten, und indem sie beim Raube einen Menschen warteten, daß der Tod desselben erfolgte; Birchholz ist schuldig der Hehlerei und Begünstigung. Sämmtliche Schuldfragen in betref der Angeklagten Krause wurden von den Geschworenen verneint.

Der Staatsanwalt beantragt gegen Wolff und Müller je lebenslängliche Zuchthausstrafe, gegen Birchholz 6 Monate Gefängnis, gegen die Krause Freisprechung. Das Urtheil gegen die Angeklagten Wolff und Müller lautet auf eine Zuchthausstrafe von je 15 Jahren, Ehrverlust und Polizeiaufsicht, gegen Birchholz auf sechs Monate Gefängnis, wovon 3 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft abgerechnet wurden, gegen die Krause auf Freisprechung.

Die drei Verurtheilten erklärten, sich bei dem Erkenntnisse beruhigen zu wollen.

### Gerichts-Beitrag.

Aus welchen Gründen in Berliner Schulen geprügelt wird, erzählt man aus einer Beleidigungsklage, die am Sonnabend vor dem Schöffengericht gegen den Stepper Ottavio Müller und dessen Ehefrau verhandelt wurde. Die Angeklagten waren beschuldigt, dem Lehrer Heide nachgesetzt zu haben, er habe ihren lebensfähigen Knaben striemig geschlagen; der Pädagoge habe dem Kinde nicht erlaubt, außerhalb der Pause seine Nothdurft zu verrichten, infolge dessen habe der Junge sich was gemacht, er habe in dieser Verfassung bis zum Schluß der Schulstunden sitzen müssen, sich dadurch erkältet und das gastrische Fieber geholt. In der Verhandlung betonte der Lehrer, das Kind sei von ihm geprügelt worden, weil es sich nicht gemeldet hatte, sondern sich und das Schulzimmer was machte. Aus demselben Grund sei der Knabe auch am 3. Februar von ihm geprügelt worden; daß er Striemen davontrug, gebe er (Heide) zu, daß sei aber die Folge eines jeden Nothdurftschlages; ebenso gebe er zu, daß der Knabe in den nassen Sachen bis zum Schluß der Schule müde; in dem Schulzimmer seien aber 20 Grad Wärme gewesen. Rechtsanwalt Wolgast Heine erzielte die Freisprechung der Angeklagten; der Gerichtshof billigte ihnen den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zu.

Die Strafsache wider den Premierlieutenant a. D. Ernst Rasch und den Rechtsanwalt Hermann Marggraf, welche schon einmal vor dem Landgericht I abgeurtheilt wurde, gelangte heute vor der ersten Strafkammer am Landgericht II unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gary zur erneuten Verhandlung und Entscheidung, nachdem das Urtheil erster Instanz vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache an ein neues Forum verwiesen worden war. Der objektive Thatbestand, welcher der Anklage zu Grunde liegt, ist in aller Kürze folgender: Lieutenant Rasch nannte bis zum Jahre 1892 in Reihe unter dem damaligen Oberst und Regimentskommandeur, jetzigen General v. Gaudy. Der junge Offizier glaubte, daß ihn sein Vorgesetzter ungerecht und übelwollend behandelte, ungünstige und nachtheilige Bemerkungen über ihn in die Konduitenliste eintrage u. s. w. Das Verhältnis zu seinem Vorgesetzten spitzte sich schließlich demassen zu, daß sich Rasch bewegen sah, seinen Abschied zu nehmen. Nach seinem Austritt aus dem Dienstverhältnis will Rasch nichts unversucht gelassen haben, den Herrn von Gaudy zu bewegen, früher angeblich beleidigende Aeußerungen zurückzunehmen und seine Enttragungen in die Konduitenliste zu berichtigen, doch alle unternommenen Schritte sollen vergeblich gewesen sein. Schließlich setzte sich Rasch mit dem Angeklagten Marggraf in Verbindung, klagte diesem sein Schicksal und bemog denselben dadurch, für ihn als Vermittler bzw. auch Kartellträger aufzutreten. Herr Marggraf machte den Versuch, Herrn v. Gaudy persönlich zu sprechen, da er aber denselben nicht antraf, so schrieb er an denselben, daß und worüber sich Lieutenant Rasch schwer beklage, daß derselbe aber auf einen Vergleich eingehen wolle, dessen erste Bedingung sein müsse, daß Herr v. Gaudy sich bemähe, das Herrn Rasch angethane Unrecht wieder gut zu machen. Andernfalls müsse Rasch auf seiner Forderung bestehen. Der General ließ sich weder auf einen Vergleich, noch auf einen Zweikampf ein, ließ die Sache aber trotzdem nicht auf sich beruhen und so wurden denn Rasch und Marggraf angeklagt, ersterer aus § 114 des Strafgesetzbuches (versuchte Nötigung eines Vorgesetzten) und wegen Herausforderung,

letzterer wegen Beihilfe zur versuchten Nötigung und wegen Kartelltrage. Der Angeklagte hat den Wahrheitsbeweis versucht; da aber den von ihm als Zeugen vorgeschlagenen Offizieren seitens der Militärbehörde verboten wurde, über Fragen betreffend die Konduitenliste auszusagen, so wurde ihm ein Theil des Wahrheitsbeweises abgeschnitten. Die sieben Strafkammer am Landgericht I ist dem auch zur Beurtheilung gelangt. Rasch wurde wegen Beleidigung, versuchter Nötigung und Herausforderung zu vier Monaten und Marggraf wegen Beihilfe zur versuchten Nötigung und wegen Ueberbringung des Herausforderung zu drei Tagen Gefängnis verurtheilt. Das von den Verurtheilten angerufene Reichsgericht hatte in diesem Urtheil einen Rechtsirrtum gefunden und deshalb das Urtheil aufgehoben.

Zu der gestrigen Hauptverhandlung sind außer dem Nebenkläger Generalmajor v. Gaudy, die Offiziere Oberstleutnant v. Anthes, Hauptmann Radler, Premierlieutenant v. Scholz und Partels sowie Major Gabriel als Zeugen geladen, Herr v. Gaudy ist als Nebenkläger rito geladen, aber nicht erschienen, als Zeuge ist derselbe kommissarisch vernommen worden. Von den Verteidigern Justizrath Reinholz und Kempner, sowie dem Vertreter des Nebenklägers Dr. Sello ist nur der letztere persönlich amwesend, die beiden anderen Anwälte sind durch Substituten vertreten. Das zur Vorlesung gebrachte Reichsgerichts-Urtheil ergibt, daß die höchste Instanz einen Mangel in dem Urtheil der Vorinstanz nach der Richtung hin gefunden hat, als die Gründe nicht präzise genau festgestellt worden sind, welche die Befugnis des Schutzes des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) erklären konnten. Ferner wurde bemängelt, daß nicht genügend geprüft worden sei, ob Herr von Gaudy in dem konkreten Falle als Beamter im Sinne des § 114 des Strafgesetzbuches anzusehen war. Die Erwörterung dieser beiden als Mängel angesehenen Punkte bildeten den Schwerpunkt der Verhandlung, die im großen und ganzen sich in denselben Rahmen bewegte, wie die erste Hauptverhandlung. Nach langer Verathung verkündete der Gerichtshof, daß die Angeklagten von der Nötigung freigesprochen und nur wegen Herausforderung zu verurtheilt seien und zwar Rasch zu drei Monaten, Marggraf zu drei Tagen Gefängnis.

Wegen Betrug in mehreren Fällen hatte sich der frühere Krankenwärter Ernst Hoppe aus Berlin vor dem Niddorfer Schöffengericht zu verantworten. Eine Anzahl früherer Termine in dieser Sache hatte der Angeklagte durch allerlei Manöver zu verschieben gewußt, zuletzt durch Ueberführung einer gefälschten Vorladung zu einem angeblichen Termin des Berliner Gewerbegerichts. Als dies festgestellt ward, nahm man Hoppe in Untersuchungshaft, aus welcher er dem Schöffengericht vorgeführt wurde. In den Jahren 1894/95 erschienen in Berliner und Vorort-Zeitungen zahlreiche sensationelle Notizen über Unglücks-, Erkrankungs- und Todesfälle, sowie Fälle pflüchtigen Zerruns zc. Der Verfasser dieser Lokalnотizen war der Angeklagte Hoppe, der sich bei den Redaktionen unter den Namen Hoppe und Köppen einführte und sich für einen Krankenwärter der Charite ausgab, als welcher er von den betreffenden Fällen Kenntniß erlangt haben wollte. Bald aber machte sich Hoppe bei den einzelnen Redaktionen durch seine Trübsaligkeit in Schauder geschichten verdächtig; es wurden Recherchen angestellt und da sich keine der Notizen bewahrheitete, gab man dem Entenzüchter allenfalls den Loups. Einige Redaktionen von Vorortzeitsungen stellten aber gegen Hoppe Strafantrag und so wurde gegen denselben Anklage wegen Betrug erhoben. Eine Reihe Hoppe'scher Artikel gelangten im Termin zur Verlesung, wobei sich ergab, daß vielfach ein und derselbe Vorfall in Charlottenburg, Niddorf, Wehensee und Berlin abgespielt haben sollte. Der Angeklagte behauptete, bei den meisten Fällen sei er Augenzeuge gewesen, die übrigen Fälle seien ihm von zuverlässigen Personen mitgetheilt worden. Polizeiseitens hat nicht ein einziger Fall als wahr festgestellt werden können. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte den Schwindel ein groß betrieben und wegen ähnlicher Sachen bereits mit drei Monaten Gefängnis vorbestraft worden ist, beantragte Staatsanwalt Cosrad gegen den Angeklagten 1 Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof unter Vorsitz des Anrichters Wetde war jedoch der Ansicht, daß das Vergehen des Angeklagten keineswegs als schwerwiegende Natur sei. Lage nicht das Delikt des Betruges vor, so hätte die Handlungsweise des Angeklagten nur als grober Unfug abgemittelt werden können, wofür 6 Wochen Haft das höchste Strafmaß gebildet hätte. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes seien 2 Monate Gefängnis als ansehnliche Sühne erachtet worden. Der Angeklagte wurde auch sofort auf freien Fuß gesetzt.

Der Betrathschwindler, über dessen Aburtheilung wir vorgeten berichteten, heißt, wie uns von privater Seite mitgetheilt wird, Gustav Obst und nicht Bod.

Im Mordprozesse in Halberstadt erkannten die Geschworenen den Angeklagten des Todtschlages für schuldig. Das Urtheil lautet auf 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

München, 19. Juni. (B. Z. B.) Der Privatdozent an der hiesigen Universität und Rechtsanwalt Dr. Richard Schmidt und der Rechtspraktikant Diehl, beide aus München, bestiegen am Donnerstag die Zugspitze und wurden seitdem vermisst. Heute wurde Diehl in halb erfrorenem Zustande aufgefunden und nach Garmisch gebracht. Die nach Dr. Schmidt ausgefandene Fährerepeditio mußte wegen des in großer Menge frisch gefallenen Schnees ohne Erfolg umkehren.

Freienwaldau, 19. Juni. (B. Z. B.) Auf Ansuchen der Drebedener Staatsanwaltschaft hat die hiesige Polizei den wegen Sittlichkeitsvergehen verfolgten Baron Chambrier aus Neuchâtel verhaftet.

Unbayer, 19. Juni. (B. Z. B.) Im Abgeordnetenhaus interpellirte der der Agrarfraktion angehörige Abgeordnete Sima über den drohenden Erntestreit. Ackerbauminister Darsanyi erklärte, es seien Verfügungen getroffen worden, daß die Feldarbeiter darüber aufgeklärt werden, wie sehr ein etwaiger Streik die Arbeiter selbst schädigen würde. Die Regierung habe aber auch Vorkehrungen getroffen, die Erntearbeiten sicher zu stellen und zwar werde sie an Stelle der etwa streikenden Arbeiter Arbeitskräfte aus den nachbleibenden Theilen des Landes heranziehen. Die Regierung sei ernstlich bemüht, eine Verbesserung der Lage der Arbeiter herbeizuführen. Zu diesem Zwecke würden schon in nächster Zeit Regulirungsarbeiten im Betrage von mehreren Millionen in Angriff genommen werden, auch werde die Regierung wahrscheinlich noch in diesem Jahre einen Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern einbringen.

Rom, 19. Juni. (B. Z. B.) Die Nachricht eines Genueser Blattes, der Konponist Verdi sei schwer erkrankt, wird als falsch bezeichnet.

Moskau, 19. Juni. (B. Z. B.) Laut Beschluß der Transway-Angestellten treten dieselben am Montag in den Streik ein, wenn die Direktion die geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligen sollte.

Konstantinopel, 19. Juni. (B. Z. B.) Die in den letzten Tagen hier vorgenommenen Verhaftungen zahlreicher Esostas und anderer angesehener Mohamedaner sind deshalb erfolgt, weil die Verhafteten verdächtig sind, an die Volkshafter Briefe gerichtet zu haben des Inhalts, daß die Volkshafter Gebäude in die Luft gesprengt würden, falls der Sultan gezwungen würde, Theilnahmen wieder zu räumen.

Konstantinopel, 19. Juni. (B. Z. B.) In den letzten Tagen sind hier zahlreiche Verhaftungen von Esostas und anderen Mohamedanern vorgekommen, welche mit der Propaganda für eine Anektion Thebais in Verbindung gebracht werden.

Athen, 19. Juni. (B. Z. B.) Gegen 600 Offiziere, die der Ethniki Helaitia angehören, wird Disziplinaruntersuchung eingeleitet.

Sirma, 19. Juni. (B. Z. B.) Man befürchtet, daß bei dem Erdbeben in Assam über 6000 Personen umgekommen sind.

Kommunales.

Nach der über den Grundstückserwerbungs-Fonds aufgestellten Uebersicht für das Jahr 1896/97 sind von städtischen Räumereibeißen 14 Grundstücke in einer Gesamtgröße von 28 261 Quadratmetern für 1130 614 M. verkauft worden, während 4 Grundstücke von zusammen von 25 828 Quadratmetern Flächeninhalt für 1130 586 M. für Rechnung des Fonds angekauft wurden. Ferner sind 15 Parzellen in einer Gesamtgröße von 36 125 Quadratmetern für bestimmte Zwecke an andere städtische Verwaltungen überwiesen worden. Zum Beispiel zum Bau einer Feuerwehrröhre und einer Bade-Klosetts, zur Freilegung und Regulierung von Straßen, zur Benutzung als Spiel- oder Lagerplätze u. s. w. Der Grundstücks-Erwerbungs-Fonds verfügte Ende März 1896 über einen Baarbestand von 1 553 981 M. und über 590 300 M. Pfandbriefe, welche auf dem veräußerten Grundstücken hypothekarisch eingetragen stehen.

Dem Vernehmen nach hat der Magistrat bei den Eigentümern der Vorgärten in der Potsdamerstraße auf der Strecke zwischen Köpenickerstraße und Potsdamerbrücke angefragt, ob und zu welchen Bedingungen die Eigentümer bereit seien, den ganzen Vorgarten an die Stadt abzutreten. Gleichzeitig sind die Eigentümer erlucht worden, diese Vorgärten schon jetzt der Stadtgemeinde im Interesse einer Beschleunigung der Regulierungsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Hierdurch scheint der Magistrat den aus der Bürgerschaft vielfach geäußerten Wünschen auf vollständige Beilegung der Vorgärten in der Potsdamerstraße entsprechen zu wollen.

119 879 Mark und 27 Pf. hat der Zentenarummel der Stadt Berlin gekostet. 120 000 M. waren bekanntlich unter nachdrücklichem Protest der sozialdemokratischen Stadtverordneten für die dynastisch-militärische Feier eingesetzt worden. Ein Wigbold kolportiert die Nachricht, daß der Ueberschuß von 120 M. und 73 Pf. dem Komitee für das Märzgefallenen-Denkmal überwiesen werden soll.

Lokales.

Die Lokalliste für Berlin und Umgegend ist neu herausgegeben und der heutigen Nummer unseres Blattes beigelegt worden. Bei der Wichtigkeit der Lokalfrage erwidert den Parteigenossen namentlich zur jetzigen Zeit die dringende Pflicht, die Lokalliste streng zu beachten. In nächster Nähe der Reichshauptstadt besteht noch der traurige Zustand, daß behördliche und ordnungsparteiliche Einflüsse die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft an der Wahrnehmung des bishigen Vereins- und Versammlungsrechts hindern, daß in Preußen unter den unzeitgemäßen Verklammerungen gesetzlich festgelegt ist, und das nimmer nach dem Willen der Reaktion gänglich vernichtet werden soll. Der Konsum der Reaktion macht mehr wie je ein geschlossenes Vorgehen der Proletariat auf der ganzen Linie notwendig. Den Saalabtreibern gegenüber bleibt uns kein Mittel übrig, als die Lokalsperre, und diese dort, wo nötig, durchzuführen, muß das Bestreben aller Parteigenossen sein. Arbeiter, Parteigenossen, besucht daher nur solche Lokalitäten, welche auf der Liste verzeichnet stehen. Auch in diesem Kampfe führt uns Beharrlichkeit und Energie zum Ziele!

Zur Lokalliste. In Friedenau ist der Hohenzollern-Saal jetzt als gesperrt zu betrachten. In Mariendorf sind sämtliche Lokale zum persönlichen Verkehre frei außer Günther, Chausseestr. 16, und Martwig, Feldstraße; in Tempelhof desgleichen außer Wilhelmstraße (Inh. Riesenwetter) und Guntermann's Gesellschaftshaus (Inh. Horn). Die Berliner Parteigenossen werden ersucht, die hier besonders namhaft gemachten Lokale zu meiden.

Dritter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Heute Sonntag Familienausflug nach Grünau. Treffpunkte die Lokale der Genossen Wagner (früher Lidtke), Friedrichstr. 1, Ecke Wilhelmstraße, und Lindenbäum, Friedrichstr. 2. — Nachmittags 3 Uhr: Uebersahrt mittels der Fähre nach den Spielplätzen am jenseitigen Ufer. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

In die Ferienkolonien können in diesem Sommer von Berlin aus nur 3191 Kinder geschickt werden, während das Komitee auf Grund der Recherchen und der ärztlichen Untersuchungen mehr als die doppelte Zahl als der Erholung bedürftig ansieht. Viele von den Zurückgewiesenen sind von ärztlicher Seite sogar dringend zur Berücksichtigung empfohlen worden, aber die eingegangenen Spenden reichen eben nicht weiter. Das Komitee erbittet und erhofft noch Gaben an den Kassirer, Bankier Simon, Taubenstr. 47. Im ganzen ist in der letzten Zeit überhaupt ein Stillstand in der Ferienkoloniesache eingetreten, nicht bloß in Berlin, sondern auch anderwärts in Deutschland. Man sucht dafür verschiedene Erklärungsgründe an. Die einen sagen, das Unternehmen habe den Reiz der Neuheit verloren, andere, es sei den reichen Leuten durch die Kritik der sozialdemokratischen Presse verleidet worden. Es ist möglich, daß beides mitpricht. In der Hauptsache wird der Stillstand jedoch darauf zurückzuführen sein, daß die bestehende Klasse mit ihren Sympathien für die Kinder der Armen ungefähr an der Grenze angelangt ist, über die hinauszuweichen der Geldbeutel zwar erlauben könnte, aber nicht erlauben will. Daher fangen die Ferienkolonien jetzt an, genau dieselben Erfahrungen zu machen, wie alle anderen „wohlthätigen“ und „gemeinnützigen“ Unternehmungen, die auf Unterstützung durch die Bourgeoisie angewiesen sind. Sie kommen alle einmal an einen Punkt, über den keine noch so rege Agitation sie hinauszuführen vermag. Von den meisten wird dieser Punkt sehr rasch erreicht, — von vielen so rasch, daß sie es niemals dazu bringen, auch nur die allerdingendste Roth zeitweilig lindern zu können. Wenn man die Zahl der in die Ferienkolonie geschickten Kinder mit der Größe des vorhandenen Bedürfnisses vergleicht, dann kann man sich der Ansicht nicht verschließen, daß auch die Ferienkolonien bis jetzt erst sehr wenig geleistet haben, und daß das viel gerühmte warme Herz der reichen Leute hier ganz besonders schnell zu erkalten beginnt. Wenn sie wirklich durch die (berechtigten) sozialdemokratische Kritik verschumpft worden sind, so ist das keine Entschuldigung, sondern erst recht ein Beweis, daß es mit der Wärme ihres Herzens nicht weit her war. Welches Geistes Kinder manche dieser edlen „Wohlthäter“ sind, das beweist ihre mehrfach ausgesprochene Ansicht: im Grunde würden die Kinder der Armen durch die Ferienkolonien nur verwöhnt, sodaß sie nur noch unzufriedener in die beschränkten Verhältnisse des Elternhauses zurückkehren. Man wird den wenigen Glücklichen, die aus der großen Schaar der Aufnahmefähigen zur Entsendung in die Kolonien ausgewählt werden, die paar Wochen von Herzen gönnen, — auch dann, wenn man sich erinnert, daß gerade die Bedürftigsten ausgeschlossen bleiben müssen, weil sie die von ihnen geforderte kostspielige Reiseausstattung (Kleidung u.) nicht beschaffen können. Es bleibt aber dauernd, daß die Kinder des Proletariats auf die Gnade solcher zweifelhaften „Wohlthäter“ angewiesen sein sollen.

Die Konzessionsverfügung, welche das Polizeipräsidium gegen die Singpielhallen erlassen will, hat unter den in betracht kommenden Wirtinnen eine erklärliche Aufregung hervorgerufen. Sie wollen jetzt eine Kampfsorganisation gründen. Es wird noch mitgeteilt, daß den Inhabern von Singpielhallen die Konzession für längere von der Polizei nicht entzogen werden kann. Diese nach § 38a der Gewerbe-Ordnung ausgestellten Erlaubnisscheine sind

ohne Genehmigung der Polizeibehörde von dem Stadtausschuß zu bewilligen und die Konzessionierung solcher Unternehmungen ist nur von dieser Behörde abhängig, während die Theaterkonzession von der Regierung resp. der Polizei ausgegeben wird. Das Polizeipräsidium beabsichtigt nun dadurch, daß sie auch die Verbringung der großen Konzession fordert, Singpielhallen und Chantanz unter verschärfte polizeiliche Kontrolle zu stellen. Im Stadtausschuß ist von den ganzen Vorgängen der Polizeibehörde angeblich nichts bekannt, und man hält es auch in orientirten Kreisen für unmöglich, daß die Polizeibehörde am 1. Oktober die Lokale, welche sich nicht im Besitz der „großen“ Konzession befinden, schließen kann.

Abschied des Dr. Bödiker. Wolff's Telegraphen-Bureau berichtet: Der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes Dr. Bödiker gab am Sonnabend in einer ad hoc berufenen Plenarsitzung des Amtes dessen Mitgliedern seine Dienstentlassung unter dem Ausdruck des Dankes an die Erschienenen kund. Namens der vollständig erschienenen Mitglieder aus der Mitte des Bundesraths sprach der bayerische Ministerialdirektor v. Herrmann, namens der ständigen Mitglieder der Direktor Gabel, von Arbeitgeber-Vertretern der Baumeister Feilich und der Kommerzienrath Kettner, von Arbeiter-Vertretern der Schlosser Guthert-Berlin. Alle Redner widmeten dem scheidenden Präsidenten Worte warmer Anerkennung und herzlichsten Dankes. Der Arbeitervertreter bemerkte u. a.: „Wenn wir Arbeiter unserem Präsidenten auch keine Ehrenzeichen und Abzeichen überreichen können, so kann ich doch versichern, daß der Name des Präsidenten Dr. Bödiker in den Herzen aller deutschen Arbeiterfamilien einen Platz hat und stets behalten wird.“ In ein von dem Direktor Gabel auf den scheidenden Präsidenten ausgebrachtes Hoch stimmte die aus etwa siebenzig Personen bestehende Versammlung begeistert ein.“

Siemens u. Halske, Aktiengesellschaft. Die Inhaber und Kommanditisten der seit 1847 hier bestehenden Firma „Siemens u. Halske“ haben ihrem Unternehmen mit dem gestrigen Tage die Form einer Aktiengesellschaft unter dem Namen Siemens u. Halske, Aktiengesellschaft gegeben. Das Aktienkapital der die Fabriken in Berlin, Wien und Charlottenburg umfassenden Gesellschaft beträgt 35 Millionen Mark und ist von den bisher an der Kommanditgesellschaft beteiligten Mitgliedern der Familie Siemens übernommen. Den Aufsichtsrath bilden die bisherigen persönlich haftenden Inhaber, die Herren Carl von Siemens, Arnold von Siemens, Wilhelm von Siemens zu Berlin, sowie Herr Werner von Siemens zu Baden-Baden. Der bisherige Direktor Otto Lengner, welcher mehr als 40 Jahre dem Hause angehört, wird seinem Wunsche zufolge in den Ruhestand treten. Die Häuser in London und Petersburg, deren Geschäftskapitalien sich gleichfalls in Händen der Familie Siemens befinden, werden durch diese Aenderung beim Stammsitze nicht berührt und bleiben zu der neuen Aktiengesellschaft in den bisherigen Beziehungen.

Für die Zeit der großen Schulferien vom 2. Juli bis 10. August d. J. werden für den Verkehr von Berlin, Schlesiener Bahnhof, Sörliger Bahnhof, Steintor Bahnhof, Nordbahnhof, Anhalter Bahnhof, Lehrter Hauptbahnhof, Potsdamer Hauptbahnhof, Wannseebahnhof, Potsdamer Bahnhof (Ringbahn) sowie von den Stadtbahnstationen Charlottenburg bis Jannowitzbrücke nach den Vororten und zurück besondere Ferien-Stamm- und Nebenarten II. und III. Klasse unter denselben Bedingungen wie Monatskarten verausgabt. Diesen Ferienkarten ist der tarifmäßige Preis der Monatskarten zu Grunde gelegt, wozu ein fester Zuschlag für die den vollen Monat überschreitende Zeit zur Erhebung kommt. Die Verausgabung dieser Ferienkarten erfolgt vom 28. Juni bis 25. Juli dieses Jahres bei den Fahrkarten-Ausgabestellen.

Der Zentenarumpel ist dieser Tage noch einmal aufgelegt, und zwar unter der urdeutschen Bezeichnung: „Zentenar-Sportfest“. Die Geschichte geht in Karlsruhe vor sich. Offenlich ist bei dieser Nachfeier angekommen, daß das patriotische Unternehmertum seine Arbeiter, wie im März dieses Jahres, um den schuldigen Lohn für einen oder mehrere Arbeitstage beschummelt.

Ueber das Theater Unter den Linden ist von den Berliner Musikern die Sperre verhängt worden. Veranlassung bot, der „Voss. Ztg.“ zufolge, die sämtlichen Orchestermitgliedern von 1. Oktober dieses Jahres in Aussicht gestellte Verkürzung der Gage um zehn Mark für die Stimme. Angesichts des Umstandes, daß der Dienst im Linden-Theater ein ziemlich schwerer ist, da dort täglich Opernleistungen gegeben werden und im kommenden Winter regelmäßig Spielopern als Sonntags-Nachmittagsvorstellungen aufgeführt werden sollen, wollen die beteiligten Musiker sich keinerlei Abzüge gefallen lassen. Die mit der Direktion eingeleiteten Verhandlungen sind bis jetzt ohne Ergebnis geblieben. Um die Veranhangung von Ersparnissen von außerhalb zu verhindern, erläßt das Zentralkomitee des Vereins Berliner Musiker einen Aufruf, worin alle Musiker, insbesondere die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Musikerverbandes, vor Annahme von Verpflichtungen an das Theater Unter den Linden bis nach Erledigung der schwebenden Streitigkeiten aufs eindringlichste gewarnt werden.

Flüchtig geworden ist der Vorsitzende des Gastwirthschaftlichen Spar- und Kreditvereins, Restaurateur Busse, Kleine Kirchstr. 2/3. Derselbe war, der „Berl. Ztg.“ zufolge, seit etwa zwölf Jahren Vorsitzender des genannten Vereins und seit fünf Jahren Pächter des obigen Vereinsgrundstücks. Er besaß das unelingebrachte Vertrauen der Vereinsmitglieder, das er nun in schänder Weise gemißbraucht hat. Seit einigen Tagen ist er auf „unbestimmte Zeit verreist“ und soll, wie uns mitgeteilt wird, einen Kassendefizit von ca. 70 000 M. hinterlassen haben.

Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II hat die Uebersetzung der Ballontastrophe auf dem Tempelhofer Felde, die nur aus Theilen der Gondel und dem Motor besteht, freigegeben. Die Gegenstände werden von einem in Posen lebenden Verwandten des Dr. Bödiker in Anspruch genommen.

Ein Schlangenzüger. Der Schuhmachermeister Watter, Chorinerstraße 72, welcher im Jahre 1896 in der Umgegend von Berlin 508 Kreuzottern gefangen hat, erhielt hierfür von der Regierung eine Prämie von 50 M. Die hat der Mann auch redlich verdient.

Die Roth scheint den Handelsmann Langsch aus der Invalidenstr. 10 in den Tod getrieben zu haben. Der Mann hatte keine Beschäftigung und war seinen Miethsknechten, den Arbeitknechten Klee, schon 218 Mark für Miete und Kost schuldig. Seit einiger Zeit vermißt, wurde er jetzt in Blößensee als Leiche aus dem Wasser gezogen.

Aus Furcht vor Strafe scheint der 65jährige Schuhmacher Eduard F. aus der Allen Jakobstraße 49 in den Tod gegangen zu sein. F. sollte in dem Nebenhause 48 a, in dem seine Frau die Hausreinigung hat, aus einer Witter- und Röhrenleitung eine Risse Risse entweichen lassen. Nachdem deswegen Anzeige gemacht war und die Polizei Ermittlungen eingeleitet hatte, hat er sich gestern Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr, als seine Frau und die älteren Kinder weggegangen waren und eine siebenjährige Tochter in der Stube spielte, in der Küche erhängt.

Wegen Betrugs und Urkundenfälschung verfolgt die Staatsanwaltschaft am Landgericht I den 42 Jahre alten Buchhalter Reinhold Warlich aus der Holzmarktstr. 44a. Warlich ist seit Pfingsten in Berlin nicht mehr gesehen worden.

Ein verworfener Lüftung ist vorgestern in der Person eines Kohlenhändlers August Schombach verhaftet worden, der, obwohl er verheiratet und Vater von drei Kindern ist, am Dienstag nach Pfingsten ein zehnjähriges Mädchen, das Kind eines Geschäftsmannes aus der Moritzstraße, vergewaltigt und mit einer schweren Krankheit angestekt hat. Erst durch das Gekindnis des erkrankten Kindes erhielten die Eltern Kunde von dem Verbrechen.

Unbekannt gestorben ist gestern Vormittag ein etwa 70 Jahre alter Mann, der plötzlich von einem Blutsturz befallen wurde. Der Mann hatte keinerlei Ausweispapiere bei sich. Er trug einen schwarzen Rock, eine graue Lederhose und eine schwarze Mütze.

Zu dem in der Dienstadtnummer enthaltenen Bericht über den Selbstmord der Verkäuferin Klara Fuhs theilt uns der Schlichter Otto Rex mit, daß er nicht von der Frau Heinrich entlassen worden sei, sondern die Arbeit freiwillig niedergelegt habe. Das Verhältniß zu Fräulein H. hätte er schon vor Wochen gelöst, am Sonnabend sei er aber unerwartet telephonisch zu ihr gerufen worden. Unrichtig sei es, daß er irgend welche Sachen aus dem Geschäft der Frau H. fortgetragen habe.

Unglücksfälle. Gestern mittag stürzte der unter der Stadtbahnüberführung in der Kochstraße mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigte Arbeiter Pfeife aus der Höhe von 4 Metern von einer Leiter und brach sich die linke Hand. — Nachmittags wurde auf dem Neubau Marktstr. 18 der Maurer Bölow, während er in der Durchfahrt beim Transport eines eisernen Trägers beschäftigt war, von dem Hinterrad eines die Durchfahrt passierenden, mit Reis beladenen Wagens erfasst und über den rechten Oberschenkel gefahren. Bölow erlitt einen Knochenbruch. — Aus mehreren Wunden am Kopfe blutend, wurde gestern Abend nach 8 Uhr in der Kullnstraße der Fischer Feier bewußlos auf der Straße liegend aufgefunden. Er soll von einem noch nicht ermittelten Mann hingestoßen worden sein.

Im Berliner Aquarium hat das Wissenschafts wieder einen wertvollen Zuwachs erfahren, indem die eine Abtheilung von zwei Exemplaren einer Species der sogenannten Menschenaffen oder Anthropomorphen bezogen worden ist, nämlich von einem Männchen und einem etwas kleineren Weibchen des in Westafrika heimischen schwerhaarigen weißgesichtigen Chimpanze, die sich zunächst noch etwas zurückhalten werden. Von der Abtheilung Kovnigau aus wurden zwei im Meer aufgegebene Kistchen eingeleitet, an welchen eine Gesellschaft höchst merkwürdiger Wesen haust, deren Eigenart die Uebersetzung zu einer schwierigen Aufgabe gestaltet. Beim ersten Hinschauen glaubt man in den im mittleren Atlantischen beim Sechshundstich schwimmenden Weibchen weißliche Muscheln, die vermöge eines etwa fingerlangen, fleischigen, weisshäutigen Stiels an jenen Völkern hängen, vor sich zu haben. Bei scharfer Betrachtung jedoch gewahrt man, daß diese Wesen zwar eine mehrere Zentimeter lange glatte Kalkschale ähnlich den wirklichen Muscheln besitzen und mit ihr die Uebersetzung „Entenmuschel“ wenigstens bedingt mit recht tragen, daß sie aber in gänzlich anderer Weise von den Muscheln aus der spaltförmig geöffneten Schale hervorgehen, als eine Kalkschale, nämlich glatte, mit feinen Häuten besetzte „Muschelfäden“ hervorziehen lassen, welche zur Erlangung winziger Nahrungstheile lastmähig sich vorziehen und wieder zurückziehen. Ihre inneren Organisation nach gehören diese Kantenfäden zu den Krebsthieren.

Aus den Nachbarorten.

An die Parteigenossen von Pankow und Nieder-Schönhausen. Am Montag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Sasse zu Pankow, Wollankstr. 113, eine Versammlung des Arbeitervereins statt, in welcher Herr Otto Grundmann, praktischer Naturheilkundiger, einen Demonstrationsvortrag am lebensgroßen künstlichen Menschen über: „Ein Blick in das Innere der Frau“ hält. Zu diesem Vortrag werden die Parteigenossen hierdurch eingeladen. Gleichzeitig giebt der Vorstand bekannt, daß der Festabend am 21. Juni infolge der Versammlung nicht stattfindet.

Unsere Partei hat im Vorort Wilmsdorf einen braven Genossen durch den Tod verloren. Der Steinweg Karl Otto ist dortselbst am 18. Juni gestorben. Die Beerdigung erfolgt am heutigen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Berlinerstraße 37. Der Vertrauensmann.

Die Frau des Gastwirths Gubisch aus der Dorfstr. 2 zu Stralau, die vor längerer Zeit einem damals räthselhaften Ueberfall ausgekehrt war, ist vollständig wiederhergestellt. Die Frau wurde, wie wir seinerzeit berichteten, am einem Sonnabend Abend auf dem Heimwege von der Stadtbahn auf der Eisenbahnbrücke zwischen der Stralauer Allee und der Dorfstraße plötzlich von einem Menschen überfallen, der ihr mit den Worten: „Das hast Du dafür!“ sein Messer in die linke Brust jagte. Der Stich wundte sie für fünf Wochen auf Krankentage, hat aber keine dauernden schädlichen Folgen hinterlassen. Inzwischen ist nach langer Zeit auch der Ueberfall aufgelöst worden. Der Gendarm Spermann ermittelte in dem 34 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Schindler aus der Cuvyrstr. 44 zu Berlin, welcher von dem Dickmann'schen Kohlenplage, aus dem er beschäftigt gewesen war, seit dem Tage, an dem die Nachricht von dem Ueberfalle in den Zeitungen erschien, weggeblieben war, den Thäter. Der Verdächtige wurde bei einem Spaziergang in Stralau von Spermann festgenommen. Schindler leugnet zwar, doch hat ihn Frau Gubisch mit Bestimmtheit wieder erkannt.

Den Parteigenossen von Steglitz und Friedenau zur Nachricht, daß die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins am Dienstag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Steglitz, Ahornstraße 15a, stattfindet. Um recht regen Besuch bittet der Vorstand.

In den östlichen Vororten von Berlin, so schreibt man uns, geht der geistige Kampf für Ordnung, Religion und Sitte gegen die Mächte des Umsturzes in Formen vor sich, zu denen man selbst in den arbeitervölkischen Wismarblätter der Hauptstadt vergeblich ein Pendant finden dürfte. Ein Beispiel für die Albernheit und Rohheit, mit der die kleinen Lokalfestblätter ihr ordnungsführendes Stroh droschen, findet sich in einer zu Adlershof erscheinenden Speiser-Zeitung. Darin heißt es: „Am Sonntag verstarb der Restaurateur und Vereinswirth der Adlershofer Sozialdemokraten, Max Scheer in Köpenick. Es war ihm nicht vergönnt gewesen, die Früchte des Zukunftsstaates abzuwarten. Zum Vorgehen der Sozialisten überlebte alle Adlershofer Sozialdemokraten den Vereinswirth.“ — Und weiter: „Der „Vorwärts“ belagert sich in seiner letzten Nummer über die in Johannisthal vorgenommene Verhaftung eines Mannes in reduzierter Kleidung, der keine Legitimation vorzeigen konnte. Jedemfalls wurde ihm durch die Partei der letzte Groschen abgedolt, wodurch derselbe in den Zustand verkehrt wurde.“ — In diesem kläffenden Tone geht es weiter. Den Parteigenossen kann es ja nur recht sein, wenn ihre patriotischen Gegner sich bei allen gestellten Leuten möglichst in Mißkredit setzen, aber der Kampf, von dem wir eben ein Exemplar zum besten gaben, hat insoweit eine symptomatische Bedeutung, als er zeigt, durch welche Mittel die ländlichen Schmoß sich geeigneten Oris am meisten beliebt zu machen glauben. Neben der unter Aufsicht der Deffentlichkeit erscheinenden Lokalspreffe pault der evangelische Pastor P. Hülle in seinen zahlreich vertheilten Flugblättern tapfer zu gunsten der kapitalistischen Profitwuth. In dem neuesten Wisch, der „Proben“ aus „Exemplar“ betitelt ist, wird die Tyrannei und Habgier der sozialdemokratischen „Führer“ gar gruseligst an unterschiedlichen Beispielen geschildert. Pastor Hülle stellt seinem Publikum nämlich die abgegangenen und von der sozialdemokratischen Presse längst als infame Lügen gebrandmarkt Geschichten auf, die kapitalistische Blätter über den Gendarm, die Glashütte in Albi, die sächsischen Konsumvereine und ähnliche Arbeitergründungen veröffentlicht haben. — Wenn die mehr oder minder mit Frömmigkeit und modernem Patriotismus bequaden Arbeiterseinde immer noch glauben, durch ihren geistigen Kampf die Bevölkerung in Dummheit erhalten zu können, so wird hoffentlich die nächste Reichstagswahl den Dunkelmännern ein Licht von solcher Helligkeit aufdecken, daß ihnen die Augen thürnen.

Elektrische Bahn Hohen-Schönhausen. Die Grunderwerbungs- und Baugesellschaft zu Berlin beabsichtigt die ihr grunpfählich zugestandene Linie der elektrischen Bahn von Hohen-Schönhausen nach Berlin (Weber, Ecke Landsbergerstraße) unter Mitbenutzung der Geleise der Großen Berliner Pferdeisenbahn-Gesellschaft in der Landsbergerstraße nach dem Stadthorn weiter zu führen, und zwar durch einen Theil der Wilmannsstraße, durch die Elisabeth- und Kurgstraße bis zur Kaiserstraße. Für den letzteren Theil der Linie





# Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Kösliner Hof, Köslinerstrasse No. 8:

## Gr. öffentl. Volksversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Beteiligte wir uns an den Landtags-Wahlen? Referenten Genossen Dr. Arons und W. Liebknecht. 2. Diskussion. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung erwarten zahlreichen Besuch Die Vertrauensleute.

## Achtung! Sozialdemokratischer Wahlverein des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 22. Juni 1897, abends 1/9 Uhr, im Saale des Herrn Stabernack, Inselstrasse Nr. 10: Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen August Tücherow: Die Stellung der Sozialdemokratie zu den preussischen Landtags-Wahlen. 2. Diskussion. 3. Mitteltungen und Vereins-Angelegenheiten. Die Genossen werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. - Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand. Die Zahlstellen befinden sich bei Merschel (früher Vintke), Finkenstraße 36; Preuss, Neue Friedrichstr. 20; Püschke, Französischer Str. 6; Sommer, Grünstr. 23. Dort werden auch neue Mitglieder aufgenommen.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Märkischer Hof“, Admiral-Strasse 18c: Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Vogther über: „Ueber Verhalten zu den preussischen Landtagswahlen“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung erwartet regen Besuch Der Vorstand.

## Sozialdemokratischer Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südost).

Dienstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Brüder, Waldemar-Strasse Nr. 75: Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gen. Ad. Hoffmann über: „Modernes Hausrittertum“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

## Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

am Donnerstag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Altes Schützenhaus“, Linienstrasse 5. Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Soll sich die Sozialdemokratie an den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus beteiligen? Referent Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt. Korreferent Dr. Weyl. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung wird um recht regen Besuch gebeten. Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Branchen-Versammlung d. Drechsler am Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Stabernack, Inselstrasse 10, 2 Tr.

Tages-Ordnung: 1. Können die Vordrechsler die jegliche Konjunktur zur Verfüzung der Arbeitszeit ausnützen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Besonders werden die Kollegen folgender Werkstätten der Bauindustrie (Drechsler, Tischler, Stellmacher, Holtzer) ersucht, zu erscheinen: Schmidt u. Co., Engel, Voigt u. Paulmann (Alt-Roadit), Voigt (Röpnickerstr.), Stahl, Lütjen u. Bruns, Dörner. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist der wichtigen Tagesordnung halber notwendig.

## Branche Parquetbodenleger.

Montag, den 21. d., abends 8 1/2 Uhr, bei Zabeil, Lindenstr. 106: Sitzung der Werkstatt-Kontrollkommission mit den Vertrauensleuten.

## Großes Sommer-Fest in der Aktien-Brauerei Friedrichshain.

Billets sind in allen Zahlstellen und beim Kollegen Volk, Grünauerstraße 37, b. 1 Tr., zu haben. Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Am Mittwoch, den 23. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Joël, Andreasstrasse No. 21: Große öffentliche Bautischler-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige Lage im Bautischler-Gewerbe und wie ist eine Besserstellung möglich? 2. Diskussion. 105/18 NB. Es ist Pflicht eines jeden Bautischlers, Einzelers und Bauanschlägers, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

## Zentralverband deutsch. Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Donnerstag, 20. Juni, nachmitt. 2 Uhr, bei Stabernack, Inselstr. 10: Monats-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Wolheim über: „Geschichtsschreibung und Geschichtslehre“. 2. Abrechnung der Urania-Billets. 3. Fernanngänge-Angelegenheiten. 4. Jüngere Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet (41/20) Der Vorstand.

## Kranken-Unterstützungsbund d. Schneider

Dienstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandanten-Strasse 20: Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl der Delegierten zu der am 29. Juli d. J. stattfindenden Generalversammlung. 2. Beratung der zur Generalversammlung gestellten Entwürfe. - Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

# Achtung! Krankenkassen-Mitglieder Achtung!

Wittwoch, den 23. Juni 1897, abends 8 Uhr, im Konzerthaus Zandvoort, Rottebuserstr. 4a: 26696\*

## Große öffentliche Versammlung der Mitglieder und Vorstände sämtlicher Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen Berlins und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Jubeil über: „Die freie Kassenwahl bei den Krankenkassen durchführbar? 2. Diskussion. Krankenkassen-Mitglieder! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, möglichst zahlreich zu erscheinen. Zur Bedung der Unkosten findet Zellerksammlang statt. Die Fünfer-Kommission.

## Achtung, Maurer!

Montag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppen-Strasse 29 (großer Saal): 281/2

## Grosse öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und der Umgegend.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Da die Versammlung pünktlich eröffnet wird, so bitten wir die in Arbeit stehenden Kollegen, sich pünktlich einzufinden. NB. In dem Bericht über unsere Donnerstag-Versammlung in Nr. 140 des „Vorwärts“ ist dem Berichterstatter ein Irrtum unterlaufen, es muß heißen: „Auf 63 der größten Bauten ruht die Arbeit, darunter am Dom, Markthall und anderen großen Arbeitsstätten“. Dagegen heißt es in dem Bericht: „Dort und auf anderen großen Bauten der Firma Held u. Franke sei unsere Forderung anerkannt“. Dies zur Beachtung für unsere Kollegen. Die Lohnkommission.

## Freie Volksbühne.

Donnerstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsälen (grosser Saal), Beuthstr. 20: General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht. - 2. Kassenbericht. - 3. Die Theaterfrage und der Spielplan. - 4. Statutenänderungen. - 5. Neuwahl des 2. Vorsitzenden. - 6. Das Sommerfest in Weissensee. - 7. Verschiedenes. Achtung! Der Zutritt zu dieser Versammlung ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte gestattet. Sämtliche Zahlstellen-Inhaber werden gebeten, in dieser Versammlung zu erscheinen. Heft 1, 2 und 3 der Monatschrift „Freie Volksbühne“ von Dr. C. Schmidt können von den Ordnern entnommen werden, desgleichen die Monatschrift der Wiener „Freien Volksbühne“ von Fritz Teilmann.

## Voranzeige!

Die Ordner-Kommission und der Vorstand haben beschlossen, der General-Versammlung ein Sommerfest vorzuschlagen, welches am Sonntag, den 18. Juli, von morgens ab im Schloss Weissensee

mit ausserordentlich reichhaltigem Programm für Jung und Alt abgehalten werden soll. Die Mitglieder werden gebeten, diese Gelegenheit, dem Verein neue Freunde zuzuführen, nicht unbenutzt vorüber gehen zu lassen. Das Entree ist auf 25 Pf. normiert. Die Kaffeeküche ist den ganzen Tag geöffnet. 231/9 Der Vorstand. L. A.: G. Winkler, Kassirer.

## Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen besch. Arbeiter Deutschlands. Filiale Berlin II.

Dienstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Bergstr. 12: Verbands-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kiesel. 2. Diskussion. 3. Abrechnung von der Vorlesung in der „Urania“. 4. Wahl eines 2. Schriftführers. 5. Gemeindefälliges und Verschiedenes. - Die Mitglieder werden an ihre Pflichten erinnert. - Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

## Maler und Berufsgeoffen!

Morgen, Montag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstrasse 20: Grosse öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. „Die Aufgaben der Gewerkschaften.“ Referent: Regierungsrat Baumeister a. D. Kessler. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. NB. Es wird den Referenten in dieser Versammlung noch einmal die Gelegenheit gegeben, mit dem Vertrauensmann abzurechnen, event. erfolgt die Veröffentlichung unweiberrücklich. Der Vertrauensmann. 2. Jakobstr. Berlin O., Hirtelstr. 32.

## Achtung! Steinarbeiter. Achtung!

Dienstag, den 22. Juni 1897, abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstrasse 27c.

Tagesordnung: 1. Bericht über die schließliche Konferenz; Preb-Kommission. 2. Verschiedenes. Der Vertrauensmann: F. Fischer.

## Achtung! Grosse öffentliche kombinierte Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Krankenkassen-Aerzte Berlins und der Umgegend.

am Dienstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstrasse 57.

Tages-Ordnung: 1. „Die Schwindsucht-Behandlung in den Berliner Krankenkassen.“ Referent: Dr. Friedeberg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins u. Umgegend. J. A.: A. Daehne. 26436

## Allgemeiner Arbeiter- u. Arbeiterinnenverein Berlins und Umgegend.

Montag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Stabernack, Inselstr. 10: Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Reich über: „Die Frau als Skavin des Kapitalismus“. 2. Diskussion. 3. Vereinswesen. Da von jetzt ab unsere Mitglieder-Versammlungen regelmäßig jeden Montag nach dem 15. im Lokal des Herrn Stabernack stattfinden, so eruchen wir die Kollegen und Kolleginnen, zahlreich zu erscheinen. 18/11 Der Vorstand.

## Lederarbeiter!

Mittwoch, den 23. Juni 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Marienbad“, Badstr. 35/36: Oeffentl. Versammlung aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter (Wesigerber, Vohgerber, Lederzurichter, Häberer und Berufsgeoffen).

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht der Agitationskommission. 3. Wahl von drei Referenten zur Abrechnung des Vertrauensmannes. 4. Wahl von Stellvertretern zum internationalen Sekretariat. 5. Gewerkschaftliches. Der Vertrauensmann. 107/3\*

# Deffentliche Schuhmacher-Versammlung.

Montag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 83 im Gartenhof.

## Tages-Ordnung:

1. Die freien Hilfs-Krankenkassen und die Vorlage zum Ortsstatut resp. Versicherungsantrag. Referent Kollege Gae. 2. Verschiedenes. 2657b NB. Die selbständigen Schuhmacher sind ganz besonders hierzu eingeladen.

## Berl. Damenchor „Harmonie“

(W. d. A.-S.-B.) 26915\* Übungsstunde jeden Montag Abend 9 Uhr bei Babel, Rosenthalerstr. 57, sucht zur Ausführung der Vorlese Damen als Mitglieder. Meldungen zur Aufnahme in der Übungsstunde.

## Verband d. Korbmacher für Berlin u. Umgegend.

Montag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Oranienstr. 51: Mitglieder-Versammlung. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

## Kroelich's Gesellschafts-Säle und Garten.

Schönhauser Allee Nr. 161. Den wertigen Vereinen stelle mein Etablissement zu Gefälligkeiten zur gefälligen Verfügung. 150 Personen. Ruft frei. 2661b

## Karton-Arbeiter!

Morgensprache jeden Sonntag Vormittag bei Vetter, Neue Königstr. 60.

## Sinderwagen

größtes Lager, billigste Preise, auch Theilzahlung, bei W. Holze, Cranienstrasse 3. Hpt.-Amt IV, 9966

## Musik-Verein „Vorwärts“.

Das Sommerfest: Vergnügen findet am 26. Juni statt.

## Bund der gefelligen Arbeiter-Vereine.

Sonntag, den 20. Juni 1897, bei Wernau, Schwedterstr. 23/24: Bundes-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Aufnahme neuer Vereine. 3. Bundesangelegenheiten etc. Die Billets zum Stiftungsfest müssen bis zu dieser Versammlung abgerechnet sein. Kaffeelosen, Tanz, Vorträge (Anfang 3 Uhr), Entree 10 Pf. Sitzung präzis 7 Uhr. Um zahlreichen Erscheinen ersucht 43/3 J. A.: V. Gent, Dresdenstr. 107/8.

## Achtung! Putzer. Achtung!

Montag, den 21. Juni, nachm. 5 Uhr, bei Joël, Andreasstr. 21: Große öffentliche Versammlung der Putzer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Situationsbericht über unsere Bewegung und der Putzer in Deutschland. 2. Fortsetzung der Diskussion über den am 9. Juni vom Gen. Rißin gehaltenen Vortrag über „Verfüzung der Arbeitszeit“. Der Referent ist in der Versammlung anwesend. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. Die Lohnkommission. 134/20

## Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 22. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, „Englischer Hof“, Neue Rohstrasse Nr. 3: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Grundmann, praktischer Naturheilkundiger. 2. Antrag Wagner. 3. Antrag Volkstor. 4. Vereinsangelegenheiten. - Mitgliedsbuch und Karte legitimiert. 60/14 Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

## Zentral-Verband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands

Verwaltungsschle Berlin. Heute, Sonntag, den 20. Juni 1897, nachmittags 5 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstrasse 20: Außerordentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Kollnitscher Eckardt-Hamburg über: „Unsere Ziele“. 2. Diskussion. 3. Urabstimmung über das Statut. Ausgabe der Billets und Billets zum Sommerfest am 18. Juli. Nachdem im großen Saale: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz; auch steht uns der große schattige Garten zur Verfügung. 67/10 Um recht zahlreichen Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

## Achtung, Studateure!

Montag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33: Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht und Abrechnung. 2. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Vorstand. 173/20

## Achtung! Schuhmacher! Achtung!

Montag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Stabernack, Inselstrasse Nr. 10: Kombinierte Mitglieder-Versammlung des Vereins deutscher Schuhmacher (alle 5 Filialen).

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Bevollmächtigten. NB. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 19. Juli, das 7. Stiftungsfest im Schwetzer Garten am Königshor gefeiert wird. Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

## Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgeoffen (Zahlstelle Berlin).

Dienstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Dresdenstr. 45: General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Anträge zum Verbandstag. 3. Wahl von 2 Delegierten zu demselben. 4. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. 72/4

Verfammlungen.

Eine Studentenversammlung, einberufen von dem national-sozialen Redakteur v. Gerlach und dem Magistral-Professor Schmieder, tagte am Freitag in der Tonhalle. Es mochten reichlich 1000 Personen, meistens Studenten, anwesend sein.

immatrikulierte Studenten teilnehmen sollten, ergab die Annahme derselben mit etwa 700 gegen 45-50 Stimmen bei 9-10 Stimmenthaltungen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Einrichtung studentischer Ehrengerichte.

Charlottenburg. Eine außerordentlich gut besuchte öffentliche Versammlung der Maurer fand hier am 17. Juni statt. Die Tagesordnung behandelte den Stand der Lohnbewegung.

finnen ausgesprochen. In der Diskussion schilderte Johann Stadtverordneter Meyer die Verhandlungen über die Interpellation im Gemeinderath.

Verichtigung. Der Bericht der Berliner Maurerverammlung vom Donnerstag enthält einen Irrthum. Es heißt an der Stelle: „Auf 68 Bauten, darunter die größten und bedeutendsten wie der Dom, Marstall und andere große Arbeitsstätten der Firma Held u. Franke“.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek in der Nordstraße 26, ist für die Mitglieder an folgenden Tagen geöffnet: Sonntag, Vormittags von 10-12, Dienstag und Freitag, abends 8 bis 10 Uhr.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Vorkommende Ab. Neumann, Brunnenstr. 160. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kottum, Wartenbergstr. 49, v. 2. Z.

Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg.

Großes Garten-Konzert unter Mitwirkung von den Gesangsvereinen „Freiheit“, „Gerechtigkeit“, „Frühlingslust“, „Grob Hoffnung“ und „Roths Nelke“.

VII. Stiftungs-Fest am Sonnabend, den 26. Juni, in der „Schloss-Brauerei“.

in der „Schloss-Brauerei“. Anfang 5 Uhr. - Kaffeeische ist von 4 Uhr an geöffnet. Der Vorstand.

Berliner Bod-Brauerei, Tempelhofer Berg.

Sonntag, den 4. Juli: Grosses Sommerfest

Grosses Sommerfest

arrangirt von den Parteigenossen des 2. Berl. Reichstags-Wahlkreises. (Reichhaltiges Programm.) Vokal- u. Instrumentalkonzert. Spezialitäten-Theater.

Restaurant „Marienbad“

Badstrasse 35/36. Gesundbrunnen, Badstrasse 35/36. Heute und folgende Sonntage: Garten-Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Norddeutsche Brauerei.

Chaussee-Strasse 58 (am Wedding). In dem schattigen, 6000 Personen fassenden Konzertgarten Täglich Grosses Konzert.

Max Kliem's „Volksgarten“

Jeden Sonntag: Grosses Frei-Konzert. In den Sälen: Grosser Ball. Ende 2 Uhr.

Wirthshaus Dresdener Garten

Dresdenerstr. 45. Amt IV No. 5102. Dresdenerstr. 45. Vereinszimmer für 20-300 Personen, prachtvoller schattiger Naturgarten mit gedeckten Gassen und Theaterbühne.

Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.

Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten unentgeltlich. Mehrere Sonnabende sind noch zu vergeben vom 15. Mai bis 15. August, auch Sonntage.

Steglitz, Wilhelm Tieke, „Schwarzer Adler“

500 Personen fassend. Weiss- u. Bairisch-Bier. Kaffeeische. Jeden Sonntag: TANZ.

M. Ewald,

N., Bernauerstr. 95, empfiehlt sein Weis- u. Sührsch-Bier-Lokal nebst gr. Bierkeller, passend auch für Jubiläen.

Gesellschaftshaus

Zwienmünderstr. 42 (alte Nr. 35) jeden Sonntag: Ball u. Theater-Vorstellung.

Restaurant Schwanenberg

Stralau, hinter der Kirche, rings um Wasser umgeben. Inhaber: J. Hamann.

Jeden Sonntag: Grosser Ball.

Kaffeeische von 2 Uhr ab. Regeldamen, Schautel „Sansonci“, Schmargendorf, Ruhlaerstr. 20.

Franke's Volkskaffee und Speischaus.

an der Kaiserstrasse. Billiger Wittgast- und Abendst. Größte Auswahl anst. Schokolade bereiteter Speisen.

Friedrichshagen. Restaurant Waldkater,

1 Min. v. Bahnhof im Walde, 1500 Pers. fass., 3 Regels., Billard, Saal, Vereinszimmer, Kaffeeische, Ausspannung.

Charlottenburg. Brauerei Gambrinus

Waldstr. 91. Nidmardstr. 22. Eröffnung der Sommer-Saison. Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf

Gereicher Garten u. große Säle. Mittwoch und Sonntags: Gr. Frei-Konzert.

Oeconomie: Martin Berndt

Vorzügl. Küche, Würstchen, Schleichend, Regeldamen u. sonstige diverse Befestigungen.

Volks-Badeanstalt Rixdorf.

Canner Chaussee. (Wellenbad.) A. Stolzenburg. 10 Min. von Bahnhof Rixdorf, nahe der Gasanstalt.

G. Hjertberg „Neu-Tivoli“, Treptow

Neu renov. Garten (6000 Pers. fass.) mit neu gebauter Bühne für Vereine, gr. Tanzsaal, 4 Regeldamen, Kaffeeische von 2 Uhr ab.

Jägerhaus, Schönhauser Allee No. 103.

Grösste Volkbelustigungen in ganz Berlin. (20322\*)

Schloß Weissensee.

Sonntag, den 20. Juni 1897: Grosses Volks-Fest

Grosses Volks-Fest

arrangirt von den Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Niederbarnim, unter gütiger Mitwirkung des Schulmünder Nord und mehrerer Arbeiter-Gesangsvereine.

Grosses Vokal- und Instrumental-Concert.

ausgeführt von Mitgliedern der freien Vereinigung der Stuhl-Verursachter unter Leitung des Dirigenten Herrn J. J. J. J.

Großes Brillant-Fenerwerk. Turnerische Aufführungen.

Volks- und Kinderspiele aller Art. In beiden Fällen: Grosser Ball. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pfg. nach.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Großes Volks-Fest

in den Victoriasälen, Hermannstr. 48-50, veranstaltet von den Parteigenossen Rixdorf-Brütz etc., der Gesangsvereine „Melodia“, „Treu und Einigkeit“ und „Grüne Eiche“.

Konzert u. Gesangsvorträgen

unter gütiger Mitwirkung von Mitgliedern der Freien Turnerschaft Rixdorf-Brütz etc., der Gesangsvereine „Melodia“, „Treu und Einigkeit“ und „Grüne Eiche“.

Fachverein der Stellmacher Berlins und Umg.

Sonnabend, den 3. Juli cr.: Grosser Sommernachts-Ball in der Brauerei Friedrichshagen, Am Königsthor.

Instrumental- u. Vokal-Konzert

sowie unarrirte Vorträge unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Welternt“, Mitglied des R. S. B.

Charlottenburg, Bismarckhöhe, Wilmersd.

heute, Sonntag, den 20. Juni: Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.

Nieder-Schönhausen Klubhaus Sanssouci

Jeden Sonntag: Frei-Konzert. Großer Ball. Kaffeeische & Uhr. 00 Pfg. Großer Garten, 1000 Personen fassend, Vereinen und Gesellschaften zu Bestlichtkeiten bestens empfohlen.

Jungfernheide, Restaurant Königsdamm

Gr. schatt. Gart. - Regeldamen, Kaffeeische. - Bier 10 Pfg. (2475b)

# Warenhaus Fr. Pfingst & Co.

Ecke Neue Friedrichstrasse, 33. Königstrasse 33. Ecke Neue Friedrichstrasse, direkt am Alexanderbahnhof, direkt am Alexanderplatz,

empfehlen als ausserordentlich preiswerth folgende Saison-Artikel:

**Blousen** aus hellem und dunklem bedrucktem Levantine, neue Dessins, **st. 65 Pf.** **Blousen** aus feinem Elsasser Cachemire, Satin oder Coteline, ausschliesslich nur chike Dessins, **st. 1,65, 1,95**  
**Blousen** aus bedrucktem Levantine und Batist, heller und dunkler Fond, mit weiten Aermeln, **st. 85 Pf.** **Blousen** aus weissgrundigem Batist, mit den schönsten und neuesten Besätzen, in sehr eleganter Ausführung, **st. 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00.**

**Oberhemden für Damen** überraschende Auswahl, elegante, neue Dessins, **1,95, 2,25, 2,50, 3,00** **Blousen** aus reinseid. Foulard, marine Fond, mit feinen, weissen Effekten, ganz auf Futter, **st. 6,50**

**Knaben-Blousen** für das Alter von 3—8 Jahren, **st. 50 Pf.** **Mädchen-Kleider** alle Grössen für das Alter von 2—12 Jahren, **von 75 Pf.** anfangend.

**Gestreifte Sommer-Unterröcke** mit Volant, Stück **1,10 und 1,50.** **Garnirte Lustre-Röcke**, prima Qualitäten, **2,50, 3,00, 3,50.** **Leinene Unterröcke** mit gesticktem Volant, Stück **2,10.** **Elegante Joupons**, Nouveautés in Seide, Mohair und feinen Wollstoffen.

Neuheiten in bedruckten **Wasch-Stoffen** für Blousen und Kleider

„unvergleichlich billig“

**Levantine**, helle und dunkle Dessins, Meter **20 Pf.** **Batiste**, in feinen Farben, gemustert, Meter **30 Pf.** **Cachemire** (Elsasser Satin), bedruckt, Meter **40 Pf.** **Ripse**, prachtvolle Auswahl, prima Qualität, Meter **45 Pf.** **Coteline**, piquéartiger Waschstoff, aparte Dessins, Meter **50 Pf.**

Ferner: Englische Batiste, Organdy, Madapolame, Japonaise etc.

Rüschen, Sonnenschirme, Gürtel, Handschuhe, Strümpfe, Corsets, Damen- u. Herrenwäsche, sowie **sämmtliche Badeartikel.**

Beste und billigste Bezugsquelle für Händler, Restaurateure und Wiederverkäufer!  
 Sumatra-Decke mit gewichteter, langer Einlage ohne Spinneneinlage oder gar Rippen! Weicher Brand, tadellose Arbeit, 16172\*  
 Selbständiges Lager von über 1000 000 gelagerter Cigarren in vorzüglicher Qualität u. gediegener solider Arbeit, sowie in allen Facons pro Mille von 22 Mark an. Rein überseeisch von 28 M. an. — Aufstellungen, Preislisten gern zu Diensten.  
 Fernsprecher: **E. G. Reichelt**, Cigarren-Fabrik-Lager u. Versand-Haus, Rixdorf, Bergstr. 67. Am Ringbahnhof.

Mk. 25,

Mk. 25,



**Sandpartie** mit 145/13\*  
**Zieh-Harmonika**  
 ist stets das grösste Vergnügen.  
 Bekanntlich werden die besten Zieh-Harmonikas der Welt in Berlin gefertigt und Aufträge nach ausserhalb zu schicken, ist widerständig. — Mein Lager in Zieh-Harmonikas ist wohl ohne Ueberhebung das grösste an Menge, denn ich verkaufe jährlich an gross Export 6000 Stück und mehr.  
 Meine Preise für volle Größe sind **verblüffend billig.**  
 2 Satz Stimmpetten 3 M.  
 10 Hapsig  
 3 Satz Stimmpetten 5 M.  
 10 Hapsig  
 Hebergänge, 19 fl., 10 M.  
 das Beste  
**The Lowendall**  
 Star Works  
**L. Löwenthal**, Gear.  
 Musik-Instrumenten-Fabrik  
 121 Reichenbergerstrasse, 80.  
 15 Pf. Fahrgehalt-Bergrütung.  
**Time is money.**

Gegen Ermüdung, Gicht und Rheumatismus.  
**Loh-Tannin-, Heisstrockenluft- und Dampfkastenbäder** mit Verpackung, Massage. (16000\*)  
**Ritter-Bad, Bad Frankfurt,**  
 18 Ritterstr. 18 (Goldschmiedstr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136.  
 Baderlieferung für sämtliche Krankenhäuser Berlins und Umgegend.

**A. Schulz, Möbel- und Polsterwaarenfabrik**  
 gegründet 1878. 1922L\*  
 Reichenbergerstrasse No. 5, zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.  
 Sehr großes Lager bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen in Kirschbaum und Mahagoni von 210. 300. 400. 500. 600. 800 bis 10000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung.

**Kindertwagen-Bazar „Baby“**  
 Beste und billigste Bezugsquelle durch enormen Umsatz.  
 Kindertwagen, hochmodern, 10, —, 16, —, 20, — bis allerfeinste.  
 Versand ab Fabrik nach allen Plätzen Deutschlands franco.  
 Komplett Kinderbetten von 30, — M. an, Theilzahlung nach Vereinbarung gestattet. Kataloge gratis. Amt 3. Nr. 5231.  
 Eigene Geschäfte: Alexanderstr. 44 (Alexanderplatz), Invalidenstr. 160, Oranienstr. 70, Reinickendorferstr. 2D-E, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 22. 16185\*

**Möbel**  
 verleben gewöhne und neue, stannend billig. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 17918\*  
**Neue Königstr. 59.**

**Rohtabak**  
 J. Fränkel,  
 Berlin C., Klosterstrasse 72

**Roh-Tabak**  
**P. E. Platt & Söhne,**  
 Brunnenstr. 197 (am Rosenbaler Thor). 16298\*

**Roh-Tabak**  
 (sehr preisw. Sumatra's)  
**Rud. Völeker & Sohn,**  
 Kuppelickerstr. 45.  
 Bill. Sumatra-Decken, Solblatt, feinem Brand, mittel- u. hellbr. 300 Pf. 16299\*  
**Emil Berstorff,** Strake 129.  
 Neue Formen 125 Pf. 16270\*

**Roh-Tabak**  
 en gros. en détail.  
**Zeun & Ellrich**  
 Reichenbergerstr. 67, nahe Brunnenstr.

**Rohtabak**  
 Grösste Auswahl! Billigste Preise!  
 Güter Brand! Hochhältige Qualität!  
 Zammliche  
**Fabrikations-Utensilien.**  
 (Neue Formen, sehr gr. Ausw.)  
 1.10 M.) Man verlange Preis-Verzeichniss. 16400\*  
**Heinrich Brand,**  
 Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.

**Rohtabake**  
 grösste Auswahl in Dordabalen. Neue Formen von 1 M. an. 14880\*  
**L. Cohn & Co.,** Georgenfirch-Strasse 64.

**Roh-Tabak**  
 Billigste Preise 16300\*  
**Max Jacoby**  
 Strelitzerstrasse Nr. 52.

**Möbel**  
 auf Theilzahlung.  
**J. Kellermann,** Neue Jakobstr. 3.

## An alle Garbáty-Raucher!

Von heute ab sind die echten Garbáty-Cigaretten ausschliesslich dadurch erkennbar, dass die Cartons mit meiner facsimilirten Unterschrift

*Garbáty Rosenthal*

versehen sind, während die Cigaretten selbst ohne Kopf, dagegen mit meiner Firma „J. Garbáty“ erscheinen.

Cartons, welche diese meine Unterschrift nicht tragen, stammen nicht aus meiner Fabrik. Meine Cigarette „Saba“ habe ich mir unter dem Namen **Königin von Saba** als Waarenzeichen No. 24648 patentamtlich schützen lassen. Nachahmungen werde ich rücksichtslos verfolgen.

**J. Garbáty-Rosenthal**  
 Cigaretten-Fabrik J. Garbáty.  
 Berlin N. 13. Juni 1897.

**Direkt**  
 an **Private**  
 verkaufe ich 16310\*  
**Teppiche, Portiären, Gardinen, Tisch- u. Steppdecken, Läuferstoffe, Möbelstoffe, Plüsch**  
 zu bekannt **billigen Preisen.**  
**J. Adler.**  
**Teppichhaus**  
**Spandauerstr. 30**  
 vis-à-vis dem Rathhaus.